



EXTREM RECHTE UND RECHTSPOPULISTISCHE AKTIVITÄTEN 2021 IM REGIERUNGSBEZIRK KÖLN

INHALT

03	1. Editorial
04	2. Rechte Akteur*innen und Aktivitäten im Regierungsbezirk Köln
05	Lukreta
07	Identitäre Bewegung und Revolte Rheinland
08	Widerstand steigt auf/ Citadelle e.V.
08	Burschenschaften
09	Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen
13	Weitere Akteur*innen
14	Nationaldemokratische Partei Deutschland
14	Die Rechte
16	Aufbruch Leverkusen
17	Alternative für Deutschland
18	Junge Alternative
19	dieBasis
20	3. Drohungen, Schmierereien, Übergriffe
22	Vier-Fragen an – Wie schätzen zivilgesellschaftliche Akteur*innen das Jahr 2021 ein?
27	4. Interview mit Michael Sturm zum Abschlussbericht der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW
31	5. Ausblick
32	6. Verweis auf weitere Literatur-Quellen
34	Impressum

EDITORIAL

Schon zum zweiten Mal legt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus einen Bericht über extrem rechte und rechtspopulistische Aktivitäten im Regierungsbezirk (RB) Köln vor. Der RB Köln erstreckt sich über das Gebiet zwischen Leverkusen und Bonn, Aachen und Gummersbach und fasst das Gebiet zusammen, in welchem die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln tätig ist. Und treten die verschiedenen Dimensionen der extremen Rechten und des Rechtspopulismus hier auch in verschiedenen Formen auf, so hat deren Agieren im letzten Jahr doch eines gemeinsam: Sie sind bestimmt von der Corona-Pandemie. Und so beginnt dieser Jahresbericht ähnlich wie der vorherige. Das Jahr 2021 war ebenfalls gekennzeichnet von der Auseinandersetzung mit Covid-19, von der Bereitstellung von Impfstoffen, die dabei helfen sollen, die Pandemie endlich zu überwinden und von neuen mutierten Varianten des Virus. Von Lockerungen und Verschärfungen der Corona-Schutzmaßnahmen und einem An- und Abschwellen der Proteste dagegen.

Zu konstatieren ist: Ja, wir sind immer noch in einer Pandemie. Ja, wir diskutieren immer noch ähnliche Fragen wie zu Beginn von Covid-19 vor knapp zwei Jahren. Ja, wir überlegen immer noch, wie mit einem Teil der Gesellschaft umzugehen ist, der sich unsolidarisch verhält und Verschwörungserzählungen verbreitet. Ja, wir fragen uns immer noch, warum sich Menschen nicht impfen lassen wollen und warum ein Teil von ihnen lieber mit rechten Akteur*innen auf die Straße geht. Aber es gibt auch immer noch die Menschen, die sich gegen die Corona-Querfront und gegen rechte Agitationsversuchen off- und online stellen. Im folgenden Jahresbericht möchten wir all diesen »immer noch« nachgehen und das Jahr 2021 rekapitulieren.

Im ersten und umfangreichsten Teil werden die relevantesten rechten Akteur*innen und ihre Aktivitäten im RB Köln skizziert – auch diejenigen, die andere Themen als Corona auf die Agenda setzten. Im zweiten Teil wird exemplarisch eine Auswahl von rechten Schmierereien und Übergriffen des letzten Jahres

benannt. Anschließend kommen exemplarisch zivilgesellschaftliche Akteur*innen im RB Köln zu Wort, die sich mit ihrer Arbeit »gegen Rechts« positionieren und ebenfalls einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2021 vornehmen. Die Mobile Beratung druckt die Inhalte der Akteur*innen ab, ohne sich diese zu Eigen zu machen. Die Mobile Beratung hat keine Abänderungen der Antworten vorgenommen. Im vierten Kapitel wird Micheal Sturm in einem Interview eine Einschätzung zum Abschlussbericht der Stabstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW geben. Abschließend wird ein Ausblick auf das Jahr 2022 gegeben und auf aufschlussreiche Rechercheergebnisse und Veröffentlichungen aus dem Jahr 2021 verwiesen.

Insgesamt versucht der Jahresbericht nicht nur die Ereignisse des letzten Jahres chronologisch wiederzugeben, sondern sie analytisch einzubetten und in Bezug zu gesellschaftlich geführten Debatten zu setzen.

Wir danken David Paul und Rose Heuruf für die Erstellung dieser Veröffentlichung, bei allen Menschen, die als Interviewpartner*innen zur Verfügung standen und allen Kolleg*innen, die diesen Bericht unterstützt haben. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre.

Das Team der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus

Köln, März 2022

2. RECHTE AKTEUR*INNEN UND AKTIVITÄTEN IM RB KÖLN

Zu dem Aufgabenfeld der Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) gehört unter anderem die Dokumentation von Strukturen, Aktivitäten, Entwicklungen und Veränderungsprozessen der verschiedenen Spektren der traditionellen und der Neuen Rechten. Rechtsextremismus wird von der MBR verwendet für »antimoderne Einstellungen, Handlungen und unterschiedliche politische Strömungen [...], deren verbindendes Element Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind und die nach ethnischer Homogenität von Völkern streben«.¹ Kurz, Menschen die sich extrem rechts verorten stehen dem Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration diametral gegenüber. Zentrale Ideologieelemente der extrem Rechten sind unter anderem: Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Sexismus, Heteronormativität, Antifeminismus, Gadjé-Rassismus (Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja) und die Befürwortung autoritärer Herrschaftsformen. Die im Folgenden dargestellten Akteur*innen weisen alle entsprechende Ideologieelemente auf. Dies bedeutet jedoch nicht, dass bei allen ein geschlossenes extrem rechtes Weltbild nachzuweisen wäre. Mit dazu kommen auch weitere Differenzierungen, wie verschwörungsideologische Aktivitäten im Rahmen der Proteste gegen die Corona-Schutzverordnungen oder Rechtspopulismus. Zu letzterem lassen sich Gruppierungen und Parteien zählen, welche unter anderem ein Sammelbecken für unterschiedliche politische Kräfte darstellen: von rechtsliberalen und rechtskonservativen bis hin zu extrem rechten. Gerade dort, wo unterschiedliche Strömungen zusammenwirken, lassen sich diese nicht immer trennscharf abgrenzen und bestimmten Kategorien zuordnen. Insofern dient der Begriff »rechts«, wie er in der Überschrift dieses Kapitels explizit verwendet

¹ Bundesverbands Mobile Beratung e.V. (Hg.) (2020): Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Inhaltliche und methodische Grundsätze. Online im Internet unter: https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2021/06/BMB_Grundsatzpapier_2021.pdf (abgerufen am 29.09.2021), S. 18.

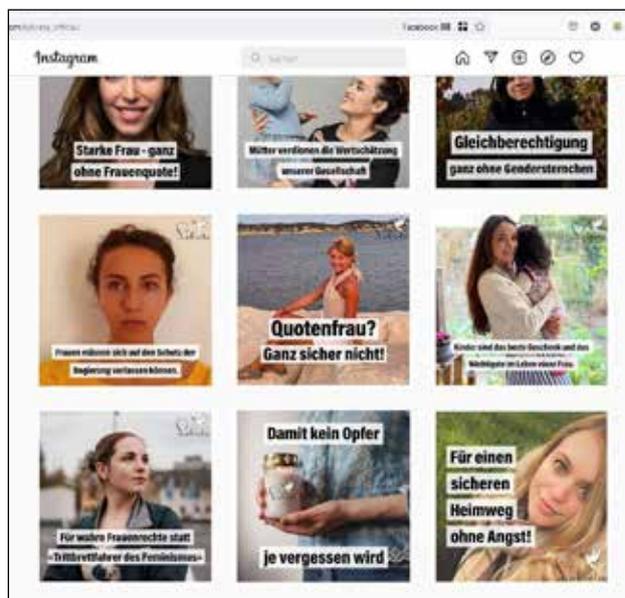
wird, hier als Sammelbegriff. Er umfasst neonazistische, extrem rechte, rassistische, antisemitische und verschwörungsaffine Akteur*innen. Diese werden, wenn von ihnen explizit die Rede ist, in einer differenzierteren Abgrenzung benannt.

Die erste Gruppierung auf die im Folgenden eingegangen wird, ist ideologisch nicht nur der Neuen Rechten² zuzuordnen, sondern auch dem Antifeminismus. Antifeminismus umfasst Einstellungen und Verhaltensweisen, welche sich gegen feministische Forderungen, ihre Errungenschaften und Bestrebungen richtet, diese rückgängig machen oder revidieren will. Antifeminismus propagiert eine binäre Ordnung, welche die Menschheit in zwei vermeintlich natürliche Gruppen einteilt, in Männer und Frauen. Männern werden in dieser Weltsicht bestimmte (und oftmals den Frauen überlegene) Rollen zugesprochen. Queere Lebensentwürfe werden abgelehnt und die traditionelle Familie mit ihren Rollenverteilungen idealisiert. Damit wird deutlich, dass Antifeminismus nicht nur ein grundlegendes Ideologieelement extrem rechten Denkens ist, sondern ihm auch eine zentrale und gefährliche Scharnierfunktion zukommt. Antifeminismus verbindet extrem rechte und konservative Kräfte sowie Teile der sogenannten gesellschaftlichen Mitte. Die Ablehnung von feministischen Errungenschaften und allem, was den Begriff Gender im Namen trägt, ist ein verbindendes Element zwischen verschiedenen rechten Akteur*innen. Über den Antifeminismus gibt es darüber hinaus eine Verbindung mit rassistischem Denken. So wird der Feminismus für Geburtenrückgänge verantwortlich gemacht und schade so dem »deutschen Volk«. Frauen sollen zurück in ihre häusliche Sphäre gedrängt werden, Schwangerschaftsabbrüche werden verteufelt.

² Weitere Informationen zur Neuen Rechten finden sich u.a. in Bruns, Julian & Strobl Natascha (2020): Eine schrecklich nette Familie. Zum Verhältnis der Identitären und der Neuen Rechten. In: Burschel, Friedrich (Hg.): Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus. Berlin: Verbrecher Verlag

Und hier setzt **Lukreta** an – eine der aktivsten rechten Gruppen im Jahr 2021. Diese reine Frauengruppe widerlegt die weit verbreitete Annahme, Rechtsextremismus sei ein Männerphänomen. Sie ist nicht parteiförmig organisiert, auch wenn einzelne Aktivistinnen wie Manuela Pluta, Anna Leisten oder Mary Khan Überschneidungen zur **Jungen Alternative (JA)** und der **Alternativen für Deutschland (AfD)** aufweisen. Die Aktivistinnen von **Lukreta** sind vor allem im Raum Köln-Bonn aktiv. Eine der tatkräftigsten unter ihnen ist die gut in der extrem rechten Szene vernetzte Reinhild Boßdorf. Die Studentin stammt aus einer einflussreichen völkischen, rechten Familie aus dem Raum Bonn und ist ehemaliges Mitglied der sogenannten **Identitären Bewegung (IB)**. Sie trat bei der Kommunalwahl 2020 als Kandidatin der **AfD** in Königswinter an und taucht immer wieder in Videos der JA auf. So zum Beispiel mit einer weiteren **Lukreta**-Aktivistin im Werbevideo der **JA Rheinland-Pfalz**, das im Februar 2021 auf deren Facebook-Seite veröffentlicht wurde. Auch im Vorfeld der Bundestagswahl im September war **Boßdorf** in Fotos und Videos der JA zu sehen. Weiter betreibt sie den YouTube Kanal **ReinWeiblich** und schreibt immer mal wieder online als Kolumnistin für das rechte **Krautzone**-Magazin. Außerdem verfasste sie einen Gastbeitrag unter dem Titel »Frauen brauchen eine konservative Stimme« in der sechsten Ausgabe der **Distel**, einer Zeitschrift der **JA NRW**. **Boßdorf** ist ein Beispiel dafür, wie rechte Aktivistinnen zentrale Verbindungsfunktionen in der Szene einnehmen. Ihr Einfluss und ihre politischen Tätigkeiten sind nicht zu unterschätzen.

Lukreta ist auch in den Sozialen Medien gut vernetzt. So teilen sie immer wieder Posts der französischen Gruppierung **Collectif Némésis**. Wegen der Sperrung verschiedener Gruppen durch Facebook, verlagert **Lukreta** ihre Aktivitäten vermehrt auf das bei vielen Rechten beliebte soziale Netzwerk Telegram. Damit wolle man die immer häufiger um sich greifenden »Zensur« umgehen.



Die Aktivistinnen von **Lukreta** instrumentalisieren Themen wie sexualisierte Gewalt und Femizid für ihre Agitation. Sie versuchen in zivilgesellschaftliche Diskussionen hineinzuwirken und ihre rassistische Hetze anschlussfähig zu machen. So nahmen mindestens vier **Lukreta**-Aktivistinnen am 14. Februar 2021 an »One Billion Rising« in Köln teil. »One Billion Rising« ist eine weltweiter Aktionstag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. In rechten Medien erzielte **Lukreta** mit ihrem Kaperungsversuch der Veranstaltung ein größeres Echo. So berichtete die rechte Wochenzeitung **Junge Freiheit** von der Aktion und ein von **Reinhild Boßdorf** geschriebener Artikel wurde auf **Krautzone** veröffentlicht. Dort bagatellisiert die Autorin die Forderungen von »One Billion Rising«: Der Alltag von Frauen sei weniger von Catcalling, Rassismus und Sexismus im Netz geprägt als vielmehr durch Vergewaltigung und Ehrenmorde. Hier wird deutlich, dass **Lukreta** Frauenrechte nur dann für relevant genug einstuft, wenn sie mit einer rassistischen Instrumentalisierung gekoppelt werden können. Entsprechend selektiv gedenken sie nur dort den Opfern von Femizide, wo die Täter in ihre Erzählungen einer vermeintlich »unkontrollierten Masseneinwanderung« passen: zum Beispiel den Mord an Mia aus Kandel, das Attentat am Breitscheidplatz in Berlin und die Kölner Silvesternacht 2015, die **Lukreta** zum »historischen Wendepunkt« erhebt. Besonders deutlich wird diese rassistische Weltsicht auch in einem von **Lukreta** geteiltem Facebook-Posting Anfang August. Hier stellt sich die **Lukreta**-Aktivistin Anna Leisten unter anderem mit den folgenden Wor-

ten vor: »Die Regierung hat mit ihrer Politik der offenen Grenzen dafür gesorgt, dass Frauen auf deutschen Straßen oft nicht mehr sicher sind und wir ohne Pfefferspray kaum unser Haus verlassen können.« Leisten ist neben ihrem Engagement bei **Lukreta** auch stellvertretende Vorsitzende der JA Brandenburg. In diesem Zitat wird deutlich, dass konsequent ignoriert wird, dass sexualisierte Gewalt nicht mit irgendeiner Form von Migration »importiert« wurde und nicht primär von unbekanntem, »fremden« Tätern ausgeht, sondern seit jeher traurige Realität ist und vor allem im Familien- und Bekanntenkreis stattfindet. Vergewaltigung in der Ehe wurde erst ab dem 1. Juli 1997 strafbar. Die Folgen von Catcalling (sexuell anzügliches Rufen, Reden, Pfeifen oder andere Formen verbaler sexualisierter Belästigung), sexualisierter Gewalt in Beziehungen sowie strukturelle Benachteiligung werden von den **Lukreta**-Aktivistinnen massiv bagatellisiert und den Betroffenen wird ihre Betroffenheit abgesprochen. Vielmehr gibt **Lukreta** in einem Post am 1. März zum Thema »Catcalling« an: »Ein guter Konter reicht in der Regel vollkommen aus – ohne sich selbst als Opfer inszenieren zu müssen.« Auch weitere antifeministische Narrative von **Lukreta**, wie jenes, dass »starke Frauen« keine Quote bräuchten, blenden die strukturelle Diskriminierung von Frauen und Nicht-Männern komplett aus. Das betrifft ebenso die Agitation gegen das Gender-Mainstreaming. Sie reden in diesem Kontext von einer Ideologie, dessen Ziel es sei, die Meinungsfreiheit auszuschalten. Dass Gender Mainstreaming ein Versuch ist, in der Sprache, wie auch auf anderen Ebenen, gesellschaftliche Diversität abzubilden und möglichst alle Menschen mit einzubinden, wird komplett verkannt. Weiter hält **Lukreta** an der Vorstellung einer naturalisierten Zweigeschlechtlichkeit fest und äußert sich transfeindlich. **Lukreta** wettet gegen das Recht auf Abtreibung und propagiert ein traditionelles Familienbild, bestehend aus Mutter, Vater, Kind. Mitte August 2021 hieß es auf der Facebook-Seite: »Kinder sind das beste Geschenk und das wichtigste im Leben einer Frau.« Durch solche Aussagen werden Frauen auf eine einzige Aufgabe redu-

ziert: Mutter sein. Würde sich **Lukreta** tatsächlich für Frauenrechte einsetzen, müssten sie sich mit »rape culture« und systematischer Objektivierung und Diskriminierung nicht-männlicher Menschen und den vielschichtigen gesellschaftlichen Ursachen auseinandersetzen. In ihren Erzählungen werden diese Aspekte jedoch unsichtbar gemacht und Bemühungen feministischer Akteur*innen diffamiert. Die rassistische und antimuslimische Ausprägung der Gruppe zeigte sich auch in der Debatte um die Möglichkeit für Moscheen in der Stadt Köln, unter Auflagen den Muezzin-Ruf erklingen zu lassen. Aktivistinnen von **Lukreta** posierten voll verhüllt für ein Foto vor der zentralen Moschee in Köln-Ehrenfeld und warnten auf Schildern davor, dass dies »Deutschlands Zukunft« sei. Hier wird der in der extremen und populistischen Rechten vielbeschworene Mythos der »Islamisierung Deutschlands« bedient.



Mit dem Wiederaufflammen der Proteste gegen die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (s.u.) fand auch **Lukreta** ein zusätzliches Betätigungsfeld. Neben der Teilnahme einzelner Aktivistinnen an mehreren Demonstrationen etwa in Bonn und Düsseldorf (siehe **Revolte Rheinland**) meldete Reinhild Boßdorf, welche dabei von ihrer Mutter Irmhild und ihrer Schwester Gertrud unterstützt wurde, im Namen von **Lukreta** am 16. Dezember 2021 eine eigene Kundgebung vor dem Düsseldorfer Landtag an. Neben Reinhild Boßdorf sprachen die Kölner AfD-Landtagsabgeordnete Iris Dworek-Danielowski, der rechte Blogger Miró

Wolsfeld sowie der extrem rechte Youtuber Feroz Khan aus Dresden. Unter den etwa 80 Teilnehmenden waren auch der JA-Bundesvorsitzende Carlo Clemens, die Vorstandsmitglieder der JA-NRW Patrick Heinz und Zacharias Schalley, die neurechte Influencerin Freya Honold aus Köln, Maximilian Schmitz von der **Alten Halleschen Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf** sowie bekannte Neonazis wie der Streamer Kevin Gabbe (Krefeld) und Frank Kraemer (Rhein-Sieg-Kreis).

Gegen Ende des Jahres tauchte die neue Gruppe **Revolt Rheinland** auf. Diese Gruppe ist Teil einer Neuorientierung der sogenannten **Identitären Bewegung (IB)**. Wie unter anderem von der **Rechercheplattform zur Identitären Bewegung** herausgearbeitet wurde, vollzieht die **IB** nach ihrem Scheitern eine Neuorientierung hin zu mehr Anonymität und Dezentralisierung. Auch im RB Köln trat die **IB** im Jahr 2021 so gut wie gar nicht mehr in Erscheinung und wenn, dann nur anhand von Stickern und Graffiti. Mitglieder der **IB** sind jedoch weiter in rechten Kontexten (zum Beispiel in der **JA** oder der **AfD**) aktiv. Andere formieren sich in neuen, elitär auftretenden neofaschistischen Gruppen welche das Ziel verfolgen in der extrem rechten Szene eine Vorbildfunktion zu übernehmen. **Revolt Rheinland** ist dafür ein Beispiel und tat sich ab Ende 2021 bei Protesten gegen die Corona-Schutzverordnung hervor. Etwa am 20. Dezember in Bonn. Nachdem der eigentliche Startpunkt des unangemeldeten »Spaziergangs« durch die Kundgebung des Bonner **Bündnis gegen Rechts** blockiert wurde, starteten die etwa 1.000 verschwörungsideologischen und rechtsoffenen »Spaziergänger*innen« vom Friedensplatz aus. Angeführt wurde der Demonstrationzug von einer etwa 30-köpfigen Gruppe der **Revolt Rheinland**. Laut der **Antifa Bonn/Rhein Sieg** sei der Versammlungsleiter ebenfalls der **Revolt** zuzurechnen. Sie traten mit Banner und Megafon auf und skandierten unter anderem neonazistische Parolen wie »Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen«. Mit dabei war unter anderem Benjamin Stein, Ex-NPDler und Identitärer, sowie Reinhild Boßdorf.

Die **Revolt Rheinland** war auch schon mehrmals bei Großdemonstrationen der sogenannten **Corona-Rebellen** in Düsseldorf anwesend, etwa am 18. Dezember. Hier trafen rechtsoffene bis extrem rechte Teilnehmer*innen zusammen, um gegen die Corona-Schutzmaßnahmen und die Corona-Impfung zu protestieren. Eine der Organisator*innen ist als **die Basis-Funktionärin** bekannt. Die organisierte Rechte trat hier mit einem eigenen Block auf, der durch Dutzende Deutschland-Fahnen sowie einem Frontbanner der **Revolt Rheinland** gekennzeichnet war. Zudem wurden nationalistische Parolen skandiert. Der Block umfasste um die 50 Teilnehmer*innen. Unter ihnen waren **JA-Aktivist*innen**, **Burschenschaftler**, **Reichsbürger*innen**, **Lukreta-Aktivistinnen** und bekannte Neonazis wie die aus Köln bekannte Cindy Kettelhut. Nach Beendigung der Demonstration trafen sich einige der Personen im Haus der **Burschenschaft Rhenania-Salingia** wieder³. Ebenfalls anwesend war die bereits erwähnte Kölner **AfD**-Politikerin Iris Dworeck-Danielowski, die hier den Schulterchluss zu den jungen Neofaschist*innen suchte.



³ Vgl. dazu: <http://afaarea.blogspot.de/2021/12/22/erneut-versammlungen-mit-extrem-rechter-beteiligung-in-duesseldorf/> (abgerufen am 03.01.2022).

Während also mit der **Revolte Rheinland** ein Nachfolgeprojekt auf den Plan trat, gingen die Aktivitäten der IB-nahen Gruppe **Widerstand steigt auf** im Jahr 2021 massiv zurück. Unter ihrem Label **Citadelle e.V.** wurde 2021 kein einziger Post auf ihrer Website veröffentlicht⁴. Als **Widerstand steigt auf** beteiligten sich die Aktivist*innen sporadisch an Protesten gegen die Corona-Schutzverordnung und verbreiteten die Verschwörungserzählung des »Great Resets«. Diese antisemitisch konnotierte Verschwörungserzählung erlebte in der Covid-19 Pandemie eine Hochkonjunktur. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Pandemie nur als »Deckmantel« und »Werkzeug« fungiere, um eine neue Weltordnung (»NWO«) umzusetzen. Diese geht laut einem Post von **Widerstand steigt auf** am 15. März mit der »weltweite[n] Vernichtung gewachsener Errungenschaften der Nation in allen Lebensbereichen« einher. Die Kultur solle gleichgeschaltet und von Großkonzernen bestimmt werden. Dies würde die Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht ausschalten. Der Post wird von neun Bildern dekoriert, welche die Aktivist*innen mit einem Transparent gegen den **Great Reset** zeigen. Weiter verteilten sie Ende März Flyer mit entsprechendem Inhalt in Briefkästen und riefen dazu auf, bei ihnen aktiv zu werden.

Nur wenige Tage später hielten Ulrike Haun und Volker Fevers (beide **Widerstand steigt auf**) eine Lesung von Artikeln des Grundgesetz auf dem Kölner Wallrafplatz ab. Die Artikel über die Rundfunkfreiheit werden in dem begleitenden Post zu der Aktion explizit erwähnt. Die Idee einer manipulativen »Lügenpresse«, auf die diese Aktion anspielte, ist in der rechten Szene weit verbreitet. Zwischen Mai und September wurde es auf der Facebookseite der Gruppierung deutlich ruhiger. Am 1. Dezember ließen Haun und Fevers mal wieder schwarze Luftballons steigen, dieses Mal für den »Impfstreik«. Dokumentiert wurde dies aber nur auf der russischen Social Media Plattform vk.com. Am 14. Dezember posteten die Aktivist*innen ein Foto mit polnischer National-

⁴ Zwar fand auch dieses Jahr mindestens eine sogenannte Patriotenwanderung statt, jedoch wurde diese über **Widerstand steigt auf** und nicht über **Citadelle e.V.** beworben.

Widerstand steigt auf!
30. Apr. 2021

Wider den Great Reset!

Das Weltwirtschaftsforum um Klaus Schwab strebt nach einem Great Reset des Kapitalismus. Regierungen sollen den Great Reset erzwingen, in dem sie die Konzerne nötigen, sich ihren Vorstellungen zu beugen, anstatt dem Willen der Eigentümer zu gehorchen.

Dies wird Stakeholder-Kapitalismus genannt. Eigentum existiert nur noch dem Namen nach; über die Verteilung und den Gebrauch der produzierten Güter und Dienstleistungen entscheiden die mächtigen Stakeholder in Regierungs- und Konzernzentralen. Diese wiederum schicken sogenannte Nicht-Regierungs-Organisationen vor, die sich anmaßen, für 'die Gesellschaft' zu sprechen, zu handeln und von Bäumen herab mit Kot werfen.

Es gibt Schafe, die noch schlafen. Sei Du ein schwarzes Schaf und leiste Widerstand!
Alle Bilder ansehen

flagge, um sich bei Polen dafür zu bedanken, geflüchtete Menschen an der europäischen Außengrenze zu Belarus gewaltsam zurückzudrängen. Ihr zutiefst verschwörungsideologisches Denken zeigt sich hier in der Formulierung »Migrationswaffe«, mit der sie Menschen in existenzieller Not entmenslichen und als Bedrohung im Dienste einer geheimen Macht stilisieren.

Die **Kölner Burschenschaft Germania** gehört dem Dachverband der völkisch-rassistischen **Deutschen Burschenschaft (DB)** an. Nach Eigenangaben der **Burschenschaft Germania** fanden und finden im Wintersemester 2021/22 wieder Veranstaltungen im selbsternanntem **Germanenhaus** statt. So werden »Paukstunden mit dem Fechtsmeister« sowie »Fuchsenstunden« angekündigt. Dabei werden sogenannten »Füchsen« oder Interessierten das Verbindungsleben der Burschenschaft näher gebracht und sie werden angeleitet. Als »Fuchs« werden neue Mitglieder der Burschenschaft bezeichnet, die eine bestimmte Anzahl an Semestern eine Probezeit absolvieren müssen. Erst wenn sie diese bestehen, werden sie zu vollberechtigten Mitgliedern der Studentenverbindung.

Als weitere Ereignisse werden beispielsweise der Burschentag der **DB** vom 26. bis zum 29. August sowie Kneipen und eine Gedenkstunde zum Volkstrauertag am 14. November (2021 am Soldatenfriedhof in Langemarck, s.u.) angekündigt.

Die als besonders rechtsextrem bekannte **Alte Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn** machte dieses Jahr nur durch ihre »Alten Herren« (Burschenschaftler, die nicht mehr studieren) Schlagzeilen: Christopher von Mengersen, Alter Herr der **Raczecks zu Bonn**, wurde in Wien zu einem Monat Haft mit anschließender Bewährung verurteilt. Der Grund: eine volksverhetzende Rede am 8. Mai 2019. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ein weiterer Alter Herr der **Raczecks**, der Anwalt Dr. Matthias Brauer, beschäftigt seit ungefähr Mitte des Jahres Patrick Uli Bass als Anwalt für Strafrecht in seiner Kanzlei in Bonn. Bass ist vermutlich besser bekannt als **Komplott**, denn unter diesem Künstlernamen war er von 2015 bis 2020 ein Vorreiter der »identitären Rapmusik«. Die Förderung von identitären Musiker*innen war und ist immer noch eine wichtige Praxis der **IB**. Nach dem Konzept der Metapolitik versuchen sie so den »vopolitischen Raum« zu besetzen und rassistische, antifeministische und neofaschistische Ideologiefragmente einem noch nicht politisierten Publikum nahe zu bringen.

Burschenschaften schließen sich nicht nur in Verbänden wie beim bundesweiten **DB** zusammen, sondern auch informell über gemeinsame Feiern und Aktionen. Ende November veröffentlichte die Aachener Burschenschaft **Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen** und die **Alte Hallesche Burschenschaft Rhenania-Salingia zu Düsseldorf** gemeinsam einen Imagefilm für die **DB**-Burschenschaften auf YouTube. Dieser gibt einen Rückblick auf den zweiten **DB-NRW Tag** in Aachen und zeigt Bilder des »Heldengedenkens« der **DB** in Langemarck (Region Flandern in Belgien), bei welchem auch die **Kölner Burschenschaft Germania** anwesend war. Für die oben benannte Aachener Burschenschaft tritt Werner S. im Video als Sprecher auf. S. studiert seit 2018 in Aachen. Für Düsseldorf spricht unter anderem der

gut vernetzte extrem rechte Bursche Maximilian Schmitz aus Leverkusen. Produziert wurde der Film vom ehemaligen stellvertretenden Sprecher der **AfD**-Aachen, Peter Kayser. Kayser ist ebenfalls Bursche der oben benannten **Düsseldorfer Burschenschaft** und produzierte für diese schon mehrfach solche Filme. Jedoch kreierte er auch Filme für die **JA-NRW** sowie das Musikvideo zu dem Song »Wortmeldung« des **IB**-nahen Rappers **Die Renovatio** (lat: Erneuerung, Rückkehr zu).

Allgemein lässt sich festhalten, dass es aufgrund der unzähligen Verstrickungen und Personalunionen teilweise unmöglich ist, Aktivist*innen der **IB**, **Revolve Rheinland**, **Burschenschaften**, **Lukreta**, **AfD** und **JA** trennscharf auseinander zu halten.

Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen

Wie in den vorherigen Beiträgen bereits deutlich wurde, dominierten auch dieses Jahr die **Debatten um die Corona-Schutzmaßnahmen** das Geschehen auf den Straßen. Ein kleiner, aber lautstarker Teil der Bevölkerung hat seit dem Jahr 2020 seine Ablehnung gegenüber den staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen in die Öffentlichkeit getragen. Die sogenannten »**Querdenker*innen**« kommen aus unterschiedlichen politischen Lagern, die vielfach durch Verschwörungserzählungen und Fake News geprägt sind. Immer wieder sind Verschränkungen zwischen diesem protestierenden Milieu und Akteur*innen der extremen Rechten zu beobachten.



Ein großer Teil der verschwörungsideologischen Corona-Schutzmaßnahmen-Protest-Szene scheint Ende 2021 ideologisch in ihren kriegerischen Narrativen so gefestigt, dass der Schritt in die Kriminalität und zur Anwendung von körperlicher Gewalt für sie als »Selbstverteidigung« legitimiert wird. Während sich die einen mittels Betrug und Schwarzhandel einen gefälschten Impfpass und somit wieder ein »normales« Leben erkaufte, sahen sich die anderen im offenen Widerstand gegen die imaginierte »Corona-Diktatur«. Sie fühlten sich berechtigt, sich gegen diejenigen zu wehren, die sie als Vollstrecker*innen der vermeintlich diktatorischen Maßnahmen wahrnahmen. So wurden vermehrt körperliche Angriffe verzeichnet, welche sich daraus ergaben, dass die Täter*innen auf die geltende Maskenpflicht hingewiesen wurden. Beispielsweise wurde Anfang Oktober in Köln auf der Zülpicher Straße ein Kioskbesitzer mit einem Messer bedroht, als er einen Mann, der sich weigerte, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen, des Ladens verwies. Ende Mai endete ein solcher Verweis darin, dass der Täter den Hitlergruß zeigte und »Heil Hitler« rief. Weiter wurden Corona-Teststationen und Impfzentren immer wieder Ziel von Angriffen. Im Rahmen der antisemitisch aufgeladenen Proteste gegen die Corona-Schutzverordnungen kam es auch immer wieder zu dem Straftatbestand der Volksverhetzung. War der Zulauf zu den Protesten gegen Anfang des Jahres 2021 noch stark zurückgegangenen, strömten die Protestierenden Ende des Jahres wieder auf die Straßen. Mitte Januar belief sich die Teilnehmer*innenzahl bei den Protesten von **Köln ist aktiv** um Bianca Pfaffenholz noch um die zehn Personen. Es wurde das **ElternStehenAuf** Sorgentelefon beworben und in der rechten Telegram Gruppe **Patrioten in Köln – Aktiv** wurden eifrig »Retter-Impfung?«-Flyer erworben und verteilt. Darüber hinaus versuchten einzelne Aktivist*innen aus dem verschwörungsideologischen Spektrum wie Sascha Vossen (»Master Spitter«) und die Kölnerin Johanne Liesegang Ende Januar erfolglos an der Demonstration gegen das neue Versammlungsrecht NRW in Köln teilzunehmen und dort Anschluss zu finden. Sie wurden der Demonstration verwiesen.



Für einen größeren Protest fanden sich am 27. März unter dem Motto »Es reicht« zwischen 150 und 200 Personen in Köln zusammen. Hier wurde für 13 Uhr ohne sichtbare Anmeldung zum Kölner Dom mobilisiert. Das Umfeld um Dennis Mocha und der **Kölschen Mitte** bzw. des **Begleitschutzes Köln** tat sich hier besonders hervor. Die Teilnehmenden zeichneten sich mehrheitlich durch ihre Mitgliedschaft im Hooligan- und Neonazi-Spektrum aus. Unter ihnen befanden sich unter anderem Sebastian R., Stefanie van Laak (**NRW stellt sich quer**), Susanne W. und Cindy Kettelhut sowie Andrew C. und Jörg A. (**Begleitschutz**), Ulrike Haun und Volker Fevers (**Widerstand steigt auf**), Dieter Bartsch (**Klartext 20/21**) und Johanne Liesegang. Cindy Kettelhut tat sich dadurch hervor, dass sie erfolglos versuchte durch eine Polizeikette zu brechen. Im Internet wurde angekündigt, durch die Kölner Innenstadt bis zum Neumarkt zu spazieren. Der unangemeldete Demonstrationzug wurde von der Polizei jedoch unterbunden. Während der Veranstaltung reagierte ein 34-jähriger aggressiv auf die Ansprache der Polizei, dass er gegen die geltende Maskenpflicht verstoße. Daraufhin schlug er auf Polizist*innen ein und

wurde in Gewahrsam genommen. Insgesamt kam es während der Veranstaltung zu zahlreichen Verstößen gegen die Corona-Schutzverordnung, weshalb sie von Seiten der Polizei aufgelöst wurde. Einige Teilnehmende steuerten nach der Auflösung der Veranstaltung Richtung Rudolfplatz. Hier veranstaltet Bianca Pfaffenholz mit **Köln ist aktiv** ebenfalls eine Veranstaltung unter dem Motto »Die Gegenseite ist anzuhören«. Auch auf dieser Veranstaltung weigerte sich ein Anwesender, einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen und wurde nach einer Ansprache gewalttätig. Während seiner Ingewahrsamnahme solidarisierten sich einige Teilnehmende mit dem Abgeführten und bewarfen zwei Polizist*innen mit Flaschen. Zwei der Angreifenden wurden ebenfalls in Gewahrsam genommen.

Nachdem es den Sommer über – sinkenden Infektionszahlen und zurückgenommenen Einschränkungen sei Dank – wieder vergleichsweise ruhig wurde und Dauer-Aktivist*innen wie Paffenholz und Liesegang sich zurücknahmen, stiegen ab November, spätestens Dezember die Teilnehmer*innenzahlen der Proteste wieder drastisch an. War Liesegang am 11.11. quasi noch komplett alleine, mobilisierte sie einen Monat später schon 200 Personen nach Nippes. Zu Bianca Paffenholz' Veranstaltung am 11. Dezember in Chorweiler erschienen ca. 300 Menschen, und am 25. Dezember 400 in Ehrenfeld. Mit dabei waren neben Yennyfer Inden (rechte Streamerin aus Düren) auch Sascha »Master Spitter« Vossen, Menschen mit Symbolen der **Corona-Rebellen-Düsseldorf** und vom **Corona-Ausschuss**, mit Reichsbürger*innen-Fahnen und ein paar Hooligans.

Auch außerhalb Kölns etablierten sich im Jahr 2021 die Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung. Hier schwankte der Zulauf an Teilnehmer*innen ebenso über das Jahr hinweg. In Düren, Aachen und vielen weiteren Städten wurden beispielsweise am 1. April 2021 Kinderschuhe vor den Rathäusern abgestellt. Dies sollte als symbolisches »Mahnmal« für das Leid der Kinder fungieren. In Düren fanden sich über die Schuhe hinaus auch Kinderzeichnungen und -briefe sowie Kuscheltiere vor den Rathäusern wieder. An dieser Stelle wird auch deutlich, wie die

Szene Kinder, die ja tatsächlich die großen Verlierer*innen in der Pandemie waren und sind, für ihre Propaganda instrumentalisiert. Auch Schulen wurden immer wieder Ziel von verschwörungsideologischer Agitation. So formierte sich Mitte April an einer Dürener Schule ein Protest von um die fünfundzwanzig Erwachsenen und zehn Kindern. Er richtete sich gegen das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes während des Unterrichts und der Testpflicht in Schulen. Vor der Schule wurden selbstgemalte Plakate von Kindern abgelegt, es war die Rede vom »Great Reset«, vom »3. kalten Weltkrieg« und davon, dass man keine »Laborratte« sei. Darüber hinaus fanden in Euskirchen, Bergisch Gladbach, Übach-Palenberg und vielen weiteren Städten im RB Köln regelmäßig Proteste statt. Die oben aufgeführten Beispiele stehen exemplarisch für eine Anzahl an unterschiedlichen Protestformen. So nahem sich die Protestler*innen Mitte/Ende Juli 2021 dem Thema der Hochwasserkatastrophe in NRW an und forderten dazu auf, in die betroffenen Gebiete zu fahren und dort zu helfen. Hier tat sich vor allem Bianca Pfaffenholz hervor. In Aachen wurde am 17. Juli sogar eine Kundgebung abgesagt, da die Menschen aufgrund der Flutkatastrophe »emotional betroffen« und deshalb mit Argumenten gegen die »Unverhältnismäßigkeit der Corona-Maßnahmen« nicht erreichbar seien.



Im Winter stiegen die Teilnehmer*innenzahlen der als »Spaziergänge« verharmlosten, teilweise unangemeldeten Demonstrationen wieder sprunghaft an. Neben zahlreichen kleineren Veranstaltungen, wie

beispielsweise in Heinsberg, Gummersbach, Düren, Leverkusen, Kerpen, Jülich oder Erftstadt etablierte sich neben der NRW-Landeshauptstadt Düsseldorf (s.o.) vor allem auch Bonn als Zentrum der »Querdenken«-Proteste. Waren es Ende November 60 Teilnehmende wuchsen die Proteste von Woche zu Woche auf 150, dann auf 400 und schließlich auf über 800 Teilnehmende. Eine Großdemonstration in Aachen umfasste am 18. Dezember über 1.000 Personen. Hier kam es zu einem kleineren Eklat, da der Bundestagskandidat der AfD, Roger Lebien, ein Plakat mit der Aufschrift »Impfen macht frei« bei sich hatte. Der Spruch erinnert eindeutig an die Inschrift, die an den Toren mehrerer Konzentrationslager, unter anderem in Auschwitz, zu finden war.

Neben der Straße hat sich der Protest gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen niedergeschlagen. So wurde Ende Mai 2021 die Single »Heimat« des Musikprojekts **die Konferenz** veröffentlicht. Hierbei handelt es sich um eine Kooperation von 20 Musiker*innen und Aktivist*innen, die größtenteils der rechten und verschwörungsideologischen Szene zuzuordnen sind. Mit von der Partie ist unter anderem der Musiker Xavier Naidoo. Im Musikvideo ist er zusammen mit dem Frontsänger der eigentlich aufgelösten extrem rechten Band **Kategorie C**, Hannes Ostendorf, zu sehen. Der Kölner Miró Wolsfeld ist ebenfalls Teil des Musikprojekts. Er betreibt den Blog **Unblogd**, der unter anderem identitäre und verschwörungsideologische Inhalte verbreitet. Weiter schreibt er regelmäßig für eine Kolumne im rechten **Krautzone Magazin**. Auch Sebastian Verboket (**Fakten Frieden Freiheit**) wirkt an dem Projekt mit, ebenso wie der »Querdenken«-Anwalt Gordon Pankalla aus Köln. Verboket (Heinsberg) erlangte unter anderem dadurch Bekanntheit, dass er behauptete, der Anschlag in Hanau habe nichts mit Rassismus zu tun. Er rief dazu auf, nicht allem zu glauben, was im Fernsehen zu sehen sei, sondern selber zu recherchieren. Er bezeichnete die rassistisch motivierten Tat als »false flag«, also ein Täuschungsmanöver oder eine verdeckte Operation des Geheimdienstes. Gegenüber **netzpolitik.org** sagte er: »Wenn Sie mich wirklich in

die rechtsradikale Verschwörungsecke stellen wollen, können Sie das gerne tun. Das juckt mich ehrlich gesagt nicht.« Im Video zu dem Lied »Heimat« sind unter anderem Bilder von Demonstrationen gegen die Corona-Schutzmaßnahmen zu sehen. Hier wird neben patriotischen Inhalten bewusst die Nähe zu Protesten gewählt, die mit antisemitischen Verschwörungserzählungen hantieren.

Einen Tag bevor **die Konferenz** mit ihrem ersten Song in die Öffentlichkeit trat, wurde das Lied »ich mach da nicht mit« veröffentlicht. Auch hier wirkte Xavier Naidoo mit. Hier treten die Musiker unter dem Titel **Rapbellions** auf. Der Inhalt des Liedes setzt sich unter anderem aus Agitation gegen die Corona-Impfungen und -Schutzmaßnahmen zusammen. Auch hier wirkt Sebastian Verboket unter seinem Pseudonym **Der Typ** mit. Im Video ist er neben dem rechten Rapper Sascha Vossen alias Master Spitter und weiteren Aktivist*innen der **Corona Rebellen Düsseldorf** zu sehen, ebenso im Video zu »Goldlöwen«, das im September veröffentlicht wurde. Im Dezember kooperierte Verboket in einem Song dann sogar mit **ProtoNDS**, dem extrem rechten Musiker Kai Alexander Naggert.



Wie andere Akteur*innen der extremen Rechten nutzt auch **Frank Kraemer** die Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung und die Debatten um Corona-Impfungen dazu, seine rechte Agitation anschlussfähiger zu gestalten. Der aus dem Rhein-Sieg-Kreis stammende Kraemer ist in verschiedenen neonazistischen Projekten aktiv und baut diese stetig weiter aus. So

betreibt er einen extrem rechten Versandhandel, mehrere Medienprojekte und ist Gitarrist der extrem rechten Band **Stahlgewitter**. Eins seiner Medienprojekte läuft unter dem Titel **Multikulti trifft Nationalismus** und stellt ein gemeinsames Projekt mit dem im Jahr 2020 bekannter gewordenen »Lifestyler« und damaligen **Querdenken**-Moderator Nana Domena dar. Anfang Mai wurde bekannt, dass die erste Folge des Projekts nach fünf Jahren wegen Hassrede auf YouTube gelöscht wurde.

Anfang 2021 rief Kraemer die sogenannte »Impf-rebell«-Kampagne ins Leben. Auf der Website eines seiner Medienprojekte bietet er Flugblätter zum Ausdrucken und Verteilen an. Selbstverständlich sind diese auch über seinen Versandhandel erhältlich. Das Motto der Kampagne lautet »Impf-rebell. Mein Körper – meine Entscheidung. Sei Teil der Rebellion!«. Mitte Januar werden auf seinem Telegram-Kanal auch schon Fotos von aufgehängten Transparenten der Kampagne verbreitet und dazu aufgerufen, die Flugblätter auch in Supermärkten zu verteilen. Ende Januar verbreitete Kraemer auch ein dazugehöriges YouTube-Video. Kraemer versucht beständig, die Zuschauer*innen von der Relevanz seiner Medienportale zu überzeugen, indem er immer wieder auf die »staatstreuen Mainstream-Medien« verweist und die Verschwörungserzählung bedient, dass in Deutschland eine Diktatur herrsche. Um weiter Profit zu generieren, bietet er über seinen Versandhandel Merch-Artikel wie T-Shirts und Tassen für die »Impf-rebell«-Kampagne an. Darüber hinaus bewirbt er Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen und nimmt an ihnen teil. Mit der Veröffentlichung des Liedes »Impf-rebell« Anfang Juni wurde Kraemer erneut musikalisch aktiv. In dem Song geht es um Corona, die Verschwörungserzählung des »Great Reset« und den Aufruf, gegen die Corona-Schutzmaßnahmen aktiv zu werden. Weiter instrumentalisierte Kraemer die Flutkatastrophe Ende Juli 2021 in NRW, um sich als Helfer zu inszenieren. Nach Eigenangaben fuhr er in die entsprechenden Gebiete und verteilte dort Artikel seines rechten Versandhandels, sowie Proteinriegel und Textilien.

Frank Kraemer ist darüber hinaus beim **Freundeskreis Rhein-Sieg** aktiv. Dieser war personell lange Zeit weitestgehend identisch mit der früheren **IB**-Abspaltung **Identitäre Aktion**, die vornehmlich im Rhein-Sieg-Kreis agierte. Auffällig ist, dass viele Facebook-Posts des Freundeskreises identisch mit den Posts auf Kraemers Facebook-Seite sind. Allerdings gibt es hin und wieder auch Abweichungen, wie am 5. März 2021. Hier wurde nicht zufällig genau um 19:33 Uhr ein Post mit der Überschrift »Deutsche Opfer unvergessen« veröffentlicht. In Anlehnung an die Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig, die an die Opfer des Nationalsozialismus erinnern, kreierte die Mitglieder des **Freundeskreises Westwald** eigene »Stolpersteine« und brachten laminierte quadratische Schilder auf Kopfsteinpflaster an. Auf diesen Schildchen war auf der linken Seite ein Kreuz zu sehen, daneben standen ein Name und ein Alter, darunter das Todesjahr und die Todesursache. Als Todesursache wurde beispielsweise angegeben: »von zwei Libanesen mit 4 Stichen ins Herz getötet«. Aus dem Post geht hervor, dass die Gruppe die Aktion als Protest gegen die geplante Verlegung von vierzig neuen Stolpersteinen in Altenkirchen durchführte. Dagegen sollte ein Geschichtsbild gesetzt werden, welches »Deutsche« als Opfer darstellt. Gleichzeitig suggerieren die rechten »Stolpersteine«, dass diese Morde ähnlich systematisch geplant gewesen seien, wie die Ermordung von Menschen in der Shoah.

Darüber hinaus existieren im RB Köln weitere mehr oder weniger aktive rechte Zusammenhänge. Die neonazistische Gruppe **Köln für deutschen Sozialismus** war im Jahr 2021 nicht mehr im Kölner Stadtbild oder in den Sozialen Medien präsent. Auch die Gruppierung **Internationale Kölsche Mitte/ Begleitschutz Köln** war im Jahr 2021 nicht nennenswert aktiv. Jedoch tauchten auch hier einzelne Mitglieder hin und wieder auf Protesten gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auf. So wurden sie etwa bei einer Veranstaltung von Bianca Paffenholz am 11. Dezember in Chorweiler gesichtet, wo sie im Anschluss an die Kundgebung Pyrotechnik und Böller zündeten. Der

Begleitschutz Köln weist Kontakte in die Kölner Hooligan-, Rocker- und Türsteherszene auf. Es handelt sich überwiegend um Männer im Alter zwischen 30 und 50 Jahren, jedoch sind auch Frauen im Begleitschutz aktiv⁵.

Zusätzlich gibt es Personen, die sich über Telegram-Gruppen vernetzen und sich kontinuierlich austauschen. Hier ist die kölnspezifische Gruppe **Patrioten in Köln** zu nennen sowie zahlreiche Gruppen, die den verschwörungsideologischen Spektren zuzuordnen sind.

Im Folgenden wird der Fokus auf **Parteien** gesetzt. Die zum Neonazismus zu zählende **Nationaldemokratische Partei Deutschland** (NPD) verschwindet im RB Köln in der Bedeutungslosigkeit. Dies zeigte sich nicht nur an der fehlenden Bespielung der lokalen Facebook-Seite, sondern auch an den Ergebnissen der Bundestagswahl 2021. Im Rahmen des Wahlkampfes führte die Partei zwar drei Wahlstände im Kölner Stadtgebiet durch, jedoch bekam sie in keinem Wahlkreis des Regierungsbezirks über 0,1% der Stimmen. Lediglich Anfang des Jahres 2021 traten Mitglieder der NPD Köln in Erscheinung als sie für eine »Totenehrung« der Opfer der Schlacht im Hürtgenwald die dortige Kriegsgräberstätte besuchten. Das einzige Lebenszeichen der Partei im Jahr 2021 auf Facebook war ein geschichtsrevisionistisches Propaganda-Bild am 8. Mai, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands 1945.

Der neonazistische **III. Weg** hat seinen Schwerpunkt in NRW im Wesentlichen im Raum Siegen und war im RB Köln nicht nennenswert aktiv. Auch von seinem **Stützpunkt Rheinland** (Leverkusen), der seit März 2019 existiert, gehen keine nennenswerten öffentlichen Aktivitäten aus.

Im Jahr 2021 zeichneten sich die Aktivität des Kreisverbandes Rhein-Erft der Kleinstpartei **Die Rechte** unter anderem dadurch aus, dass er die Proteste gegen die Corona-Schutzverordnung kontinuierlich

⁵ Weitere Informationen unter: <https://begleitschutz.noblogs.org/>.



unterstützte und diese für seine rechte und völkische Agitation nutzte. So wird sich in zahlreichen Beiträgen gegen die Corona-Schutzimpfung ausgesprochen und Ängste gegenüber Impfungen werden geschürt. Anfangs noch unregelmäßig beteiligten sich Aktivist*innen auch an den Protesten, wie beispielsweise am 13. März vor dem Düsseldorfer Landtag oder am 11. April auf dem Kölner Heumarkt. In der Nachbereitung des Ersteren hieß es in heroischer Verklärung: »Auch weitere Polizeiblockaden konnten das Volk nicht stoppen«⁶. Spätestens seit Mitte November nahmen Mitglieder der neonazistischen Kleinstpartei dann regelmäßig und koordiniert an den Aufmärschen der Impfgegner*innen und Verschwörungsideolog*innen teil, etwa in Kerpen und Köln.

2021 fand der 5. Landesparteitag des NRW-Landesverbandes von **Die Rechte** statt. Hierfür kamen am 24. April mehrere Partei-Mitglieder in der Erfthalle in Kerpen zusammen. Er wurde durch den aktuellen Bundesschatzmeister und Gründer der Partei Christian Worch eröffnet. Auch Sven Skoda meldete sich zu Wort und betonte die Hoffnung und die Kraft die in dem Ausbau von Strukturen und Protesten auf der Straße liegen würde. Als neuer Landesvorsitzender wurde Alexander Deptolla (Dortmund/ Organisator vom »Kampf der Nibelungen«) und als sein Stellvertreter René Laube (Kreis Düren) gewählt. Markus Walter (Kerpen) übernahm den Posten des Landes-schatzmeisters.

Auch Mitglieder der Partei **Die Rechte** gaben an, Mitte Juli 2021 in die betroffenen Gebiete der Flut-

⁶ Zur weiteren Auseinandersetzung mit dem »Volksbegriff« ist unter anderem Wildt, Michael (2017): Volk, Volksgemeinschaft, AfD. Hamburg: Hamburger Edition zu empfehlen.

katastrophe in NRW gefahren zu sein und dort geholfen zu haben. Wie andere rechte Akteur*innen inszenierten sie sich als »Kümmerer« und freundliche Helfer*innen und versuchten darüber Anschluss an die lokale Bevölkerung zu finden. Auf der Website des Kreisverbandes Rhein-Erft hieß es: »Als die ersten Nachrichten uns wegen der Hochwasser-Katastrophe ereilten, war vollkommen logisch, dass wir hier nicht tatenlos zusehen werden, sondern gemäß unserer Weltanschauung praktische Solidarität vor Ort leisten und auch finanziell die Betroffenen dieser Katastrophe unterstützen werden.« Sie stellten sich als Handelnde dar, während andere nur reden würden. ‚Die anderen‘ kann hier als Chiffre für die Regierung gelesen werden. Diese werde durch die »praktische Solidarität« jedoch überflüssig. **Die Rechte** beschwert sich unter anderem, dass linke Gruppierungen und Parteien die Situation ausnutzen würden, um Stimmung für ihre Klimapolitik zu machen. Durch Äußerungen wie, dass »beispielsweise das Gebiet an der Ahr, also auch Ahrweiler, bereits in den Jahren 1804 und 1910 von schwerem Hochwasser betroffen war«, verharmlosen und leugnen sie den Klimawandel.

Zu den wiederkehrenden Aktionsformen der Kleinstpartei gehörten Kundgebungen und die Unterstützung von Demonstrationen wie am 1. Mai in Essen. Hier waren unter anderem die aus Köln bekannten **Samy Musarie** und **Cindy Kettelhut** angereist. Der Tag wurde mit einer Kundgebung in Dortmund eingeleitet. Hier fanden sich um die 80 Teilnehmer*innen um **Alexander Deptolla**, **Thorsten Heise** und



Sven Skoda zusammen. Im Anschluss fand eine Demonstration mit um die 200 Teilnehmer*innen durch Essen statt. Der 1. Mai wurde von den rechten Aktivist*innen mit einem Protestzug durch Düsseldorf mit rund 150 Teilnehmer*innen beendet. Alles in allem wurde der Tag als Erfolg für »die nationalen Strukturen in NRW« gewertet.

Gleiches kann für das sogenannte »Heldengedenken« in Remagen 2021 nicht behauptet werden. Anlass für den jährlichen Aufmarsch sind die sogenannten Rheinwiesenerlager. Entlang des Rheins wurden in der Region südlich von Bonn nach Ende des Zweiten Weltkrieges mehrere Kriegsgefangenenlager, hauptsächlich für deutsche Soldaten, errichtet. Entgegen jeder seriösen wissenschaftlichen Schätzung zu den Todeszahlen in den Lagern (hauptsächlich aufgrund der schlechten Ernährungslage oder Durchfallerkrankungen) spricht die extreme Rechte von bis zu einer Million toter deutscher Soldaten. Mit der wahrheitswidrigen Behauptung einer gezielten Vernichtung konstruiert sie einen Opfermythos und relativiert die Shoa. Offen glorifiziert dieses Spektrum der extremen Rechten die deutsche Wehrmacht sowie die Waffen-SS.

Hier tritt **Die Rechte** zwar immer wieder als aktive und treibende Kraft auf, jedoch gehen die Teilnehmendenzahlen stetig zurück. Im Jahr 2021 nahmen nur noch 56 rechte Aktivist*innen an dem Aufmarsch teil. Auch das im Aachener Raum agierende **Syndikat 52 (S52)**, welches sich als Nachfolgeorganisation der 2012 verbotenen **Kameradschaft Aachener Land** versteht, war in Remagen anwesend. Allgemein scheint **S52** seine öffentlichen Aktivitäten zurückgefahren oder ins »Private« verlagert zu haben.

Ein weiteres Thema für **Die Rechte** Rhein-Erft war im Jahr 2021 die Sichtbarkeit der LGBTQI* Community in Form von Regenbogenfahnen. Die neonazistische Kleinstpartei regt sich in Artikeln auf ihrer Website über ein »Regenbogen-Set« von Lego auf, welche Spielfiguren in Regenbogenfarben und ohne eindeutige Geschlechterzuordnung produziert hatte. Die rechten Aktivist*inne sprechen von einer »Indoktrination der Kinder« und davon, dass eine »normale

und gesunde Familie [...] nun einmal aus einer Frau, einem Mann sowie einem oder mehreren Kindern besteht«. Der antifeministischen Auffassung von **Die Rechte** nach würde alles andere als die traditionelle Familien zu einer Zerstörung des »Volkes« führen. Der Grund: es würden weniger Kinder geboren werden. Im gleichen Atemzug wird dies rassistisch geframt, wenn es heißt, dass auch eine »unkontrollierbare Zuwanderung« das Volk »verdränge«. Weiter ist der Artikel gespickt von Verschwörungserzählungen, so ist die Rede von »Kulturmarxisten«, welche in die Regierung drängen würden, von ihrem »Deckmantel« und vielem mehr.

Der **Aufbruch Leverkusen** ist eine weitere rechte Partei im Regierungsbezirk Köln. Der **Aufbruch Leverkusen** kann als eine Nachfolgeorganisation von **pro NRW** für die Stadt Leverkusen bezeichnet werden – nicht zuletzt da Markus Beisicht (ex **pro NRW**) lange Zeit den Vorsitz der Partei innehatte. Zwar ist ihr Wirkungskreis begrenzt, aber sie war das ganze Jahr über sichtbar. Mitglieder der Partei riefen immer mal wieder zur Teilnahme an Protesten gegen die Corona-Schutzverordnung auf, so beispielsweise am 20. März, als der **Aufbruch** eine Kundgebung vor dem Wiesdorfer Rathaus organisierte. Die Veranstaltung richtete sich in erster Linie gegen den Lockdown. Als Redner traten neben dem damaligen Vorsitzenden Winfried Kranz auch Markus Beisicht und André Poggenburg (ehem. Landesvorsitzender der **AfD** in Sachsen-Anhalt) auf. Letzterer kritisierte die angebliche »Panikmache«, welche durch »Merkel, Spahn und Lauterbach« sowie die »systemnahen Medien« befeuert werden würde. Sowohl die Stilisierung des »Volkes« als »Sündenböcke einer verfehlten Regierungspolitik« als auch die Darstellung der Presse-landschaft als von der Politik kontrolliert sind typische rechte Argumentationsweisen. Sie leugnen den Fakt, dass politische Entscheidungen in Deutschland demokratisch getroffen werden, was viel Diskussion und viele Kompromisse bedeutet und eben nicht die Macht ausschließlich bei drei Individuen konzentriert. Die Partei machte immer wieder durch Demonstrationen, Kundgebungen, Bürger*innengespräche bzw.

Bürger*innenstammtische und regelmäßigen Handzettel- und Infozeitungsverteilaktionen mit rassistischer und antimuslimischer Hetze auf sich aufmerksam. Diese Hetze wird auch in ihren Aktivitäten auf Social Media sichtbar. Nicht nur das Thema Pandemie, auch andere Beiträge finden durch eine entsprechende Rhetorik oder bestimmte Kampfbegriffe ein rechtes Framing. So ist die Rede von »Clan-Kriminalität«, von »Beruhigungspillen« für die Bevölkerung, einer »lokalen Pinocchio-Presse« und davon, dass »das Boot voll« sei und es zu »Migrationsproblematiken« kommen werde. Der menschengemachte Klimawandel wird in rechter Manier geleugnet und alles andere wird als »reine Ideologie [der politischen Klasse] oder einem Mangel an wissenschaftlicher Logik« diffamiert. Wie viele andere Akteur*innen im völkisch-autoritären Milieu bedient sich der **Aufbruch Leverkusen** einer Rhetorik des Niedergangs, kreiert ein Endzeitszenario der »westlichen Kultur« und versucht dadurch, einen Handlungsdruck zu erzeugen. Dabei sollen wohl bei einigen Facebook-Posts die zahlreichen hintereinander gereihten Ausführungsschritte die Dringlichkeit der Forderungen der Partei unterstreichen.

Seit dem Herbst 2021 wurde auch beim **Aufbruch Leverkusen** die Pandemie und die gesundheitspolitischen Maßnahmen dagegen zum alles beherrschenden Thema. Das führte teilweise zu abstrusen Wortschöpfungen, wenn etwa im November eine drohende »Karnevals-Apartheid« beklagt und damit, quasi nebenbei, das historische rassistische Unrechtsregime in Südafrika verharmlost wird. Von Anfang an unterstützte die Partei die in Leverkusen



aufflammenden Demonstrationen und machte auf ihrer Facebookseite ununterbrochen Werbung für die angeblich »überparteiliche« Initiative **Leverkusener für die Freiheit**. Auf diesen Kundgebungen traten Beisicht und weitere Parteimitglieder wie zum Beispiel der zum neuen Vorsitzenden gewählte Andy Schmitt, immer wieder als Redner oder am »Offenen Mikro« auf. Mit anderen Worten: Bei der angeblich überparteilichen Initiative scheint es sich um einen Versuch des **Aufbruchs** zu handeln, das Thema »Corona« zu nutzen und sich für die breitere Masse anschlussfähiger zu präsentieren. Eine Strategie, die mit etwas Verspätung inzwischen auch die **AfD** für sich entdeckt hat.

In Deutschland manifestiert sich der Rechtspopulismus parteipolitisch in der **Alternative für Deutschland (AfD)**. Programmatisch reicht die Bandbreite der **AfD** von rechtskonservativen bis hin zu völkisch-nationalistischen und rechtsextremistischen Positionen. Inhaltlich bedient die **AfD** auch im RB Köln Themen wie Migration, Klimapolitik (»Ich glaube nicht, dass der menschliche Einfluss maßgeblich ist«), Antifeminismus, Corona-Schutzmaßnahmen (»Wir sagen NEIN zu Merkel-Ausgangssperren!«) und Impfungen (»Merkel und die EU können nichts außer Versagen organisieren. P.S. Wir sind gegen eine Impfpflicht.«) sowie Linksextremismus. So forderten sie im Rat der Stadt Köln die Räumung des Autonomen Zentrums oder versuchten eine Fahnenaktion von »Kein Veedel für Rassismus« an Schulen zu unterbinden, mit der Begründung, dass dies gegen das vermeintliche Neutralitätsgebot verstoße. Im Bereich der Migrationspolitik fordert die **AfD** geschlossene Grenzen und sieht Zuwanderung unter anderem als Bedrohung der »kulturellen Identität Deutschlands«. Auch will sie zum Abstammungsprinzip zurückkehren und vertritt die Idee eines ethnisch und kulturell homogenen Volkes. Schlussendlich propagiert die **AfD** das Konstrukt einer »Volksgemeinschaft«. Die völkisch-nationalistische Partei maßt sich an, zu entscheiden, wer als »deutsch« und somit zugehörig gilt. Sie verkennt die gelebte Realität, die durch eine vielfältige und diverse Gesellschaft charakterisiert ist.



In rechtspopulistischer Manier agitierte die **AfD** 2021 gegen einen vermeintlich »öffentlich-rechtliche[n] [...] Staatsfunk«, der »in erster Linie ein grün-rot-roter Propagandasender« sei und lobte die Bild-Zeitung als »Mainstream Medium«, welches die rechten Positionen der **AfD** rezipiert. Hier wird unter anderem deutlich, dass sich die **AfD** einer populistischen Kommunikationsstrategie bedient, die geprägt ist von Skandalisierung und Polarisierung und weniger vom Angebot konkreter demokratischer und auf Beteiligung und Ausgleich gerichteter Handlungsoptionen. Diese populistische Sprache zeigt sich auch, wenn die Partei von »Klimahysterie« oder »Genderwahn« als »politische Ideologie« spricht. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die **AfD** in weiten Teilen für rassistische, völkische, antifeministische und autoritäre Inhalte steht.

Mitte Mai äußerte sich die **AfD** Köln auf Facebook gegen Antisemitismus. In den Posts wird allerdings deutlich, dass sie Antisemitismus nur dann thematisiert, wenn dieser migrantisierten Menschen zugewiesen wird. So spricht die **AfD** von »importierte[m] Antisemitismus« und fordert, dass »arabische« Täter sofort aus[zu]weisen« seien. Der Antisemitismus in den eigenen Reihen taucht selbstverständlich nicht auf. Diese instrumentalisierende Diskursstrategie zeigte sich auch bei einer Aktion gegen die probeweise Zulassung des Muezzinrufes in Köln im Oktober. Der Kölner Kreisverband (KV) inszenierte sich mit Transparenten im Stile der antirassistischen Initiative »Kein Veedel für Rassismus«, mit abgeänderten Inhalten (»Kein Veedel für Antisemitismus«). Auch mit tendenziöser Gedenkpolitik trat die **AfD** in Erscheinung, so zum Beispiel im November rund um



den sogenannten Volkstrauertag. Die **AfD** Düren etwa gedachte den »Bombenopfern« der alliierten Bombardements, die sie als Kriegsverbrechen deklarierten und »jede direkte und indirekte Rechtfertigungsversuche für diese Gräueltaten« verurteilten. Bombardierungen der Alliierten und deutsche Kriegstote lassen sich aber nicht losgelöst von dem von Deutschland begonnenen Weltkrieg betrachten. Vor allem nicht, da dieser anfangs von der breiten Mehrheit der Deutschen unterstützt wurde. Der KV Köln legte einen Kranz am Melatenfriedhof ab. Ab Dezember stand dann das Thema Corona und die Maßnahmen gegen die Pandemie im Vordergrund.

Zur Bundestagswahl trat die **AfD** mit der Kampagne »Deutschland. Aber normal« an. Diese Normalität umfasst einerseits ein ‚zurück zur Vor-Corona-Normalität‘ und richtet sich andererseits gegen ein von Pluralität und Diversität gekennzeichnetes Gesellschaftsmodell. So versteht die **AfD** die »Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft«. Die Familie bestehe (ausschließlich) aus Vater, Mutter und Kind. Damit vertritt die Partei ein heteronormatives und traditionelles Familienbild, nach dem sie ihre Familienpolitik ausrichtet. Im Wahlprogramm findet sich auf Seite 174 auch die Erzählung des »Great Reset«. Hier bewegt sich die **AfD** im Bereich von Verschwörungserzählungen, die während der Covid-19-Pandemie Hochkonjunktur erlebten.

Während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 2021 war die **AfD** in Köln und Umland sowohl online als auch offline präsent. Ersteres wundert kaum, da sie bereits Anfang Januar 2021 auf ihrer Facebookseite dazu aufrief ihrem Telegram-Kanal zu folgen. Anfang März hieß es dazu in einem Facebook-Post:

»Vielleicht wird ja unsere Facebook-Seite irgendwann einmal dicht gemacht«. Gerahmt wurde der Post von zwei Zwinker-Smilies. Ihren YouTube-Kanal bespielte die Kölner **AfD** im Gegensatz zu ihrem Telegramkanal nur sehr sporadisch. Während des Wahlkampfes wurden die Städte im Regierungsbezirk mit **AfD**-Wahlwerbung plakatiert. Weiter wurde ihre Präsenz durch Wahl- und Infostände deutlich. So fanden im Kölner Stadtgebiet mehr als siebzehn Wahlstände der Partei statt. Häufig wurden mehrere Wahlstände am selben Tag durchgeführt.

Bei der Bundestagswahl 2021 erreichte die **AfD** 10,3 Prozent der Zweitstimmen, was einen Verlust von 2,3 Prozentpunkten zur vorherigen Bundestagswahl darstellt. In NRW hatte die Partei ebenfalls einen Verlust vorzuweisen und kam auf 7,3 Prozent der Zweitstimmen. Im Wahlkreis 99-Oberbergischer Kreis konnte die **AfD** das beste Ergebnis im RB Köln für sich verbuchen. Die **AfD** verlor in allen Wahlkreisen des RB Köln im Vergleich zur Bundestagswahl 2017 Wähler*innenstimmen. Deutlich wurde bei der Wahl aber auch: Die **AfD** kann vielerorts auf ein Stammwähler*innen-Potenzial zurückgreifen. Dies scheint erneut ein Indiz dafür zu sein, dass die **AfD** nicht »aus Protest«, sondern aufgrund ihrer Programmatik gewählt wird und ihre Wähler*innenschaft rechte Überzeugungen teilt. Darauf deuten auch etliche wissenschaftliche Studien hin. Die Ergebnisse verdeutlichen weiter, dass sich die Partei auf Bundesebene mit ihrem zweiten Einzug in den Deutschen Bundestag etabliert hat.

Die Jugendorganisation der **AfD**, die **Junge Alternative (JA)** hielt Mitte April ihren Bundeskongress in Volkmarzen ab. Hier wurde das neue Führungsduo, bestehend aus Carlo Clemens und Marvin Neumann, gewählt. Clemens hatte zu dem Zeitpunkt zudem den Posten des Landesvorsitzenden der **JA** NRW inne, saß (und sitzt) für die **AfD** im Rat der Stadt Bergisch Gladbach und war im **JA** Bezirksverband Köln aktiv. Neumann war Teil des Landesverbandes der **JA** in Brandenburg. Die neurechte Zeitung **Junge Freiheit** beschrieb Clemens »als Vertreter der eher liberal-konservativ geprägten Westverbände« und Neumann als »Mittelsmann des sozialpatriotischen

Lagers« - eine Euphemisierung seiner völkischen Positionen. Unter anderem sind im neuen **JA**-Vorstand auch Anna Leisten und Mary Khan vertreten, beides Aktivist*innen, die auch immer wieder bei Online-Mitmachaktionen von **Lukreta** in den Sozialen Medien auftauchen. Bereits am 3. Mai trat Neumann aus der **AfD** aus und verließ auch die **JA**. In den Sozialen Medien stand er wegen seiner rassistischen und antifeministischen Äußerungen in der Kritik. Der Parteivorstand der **AfD** soll Neumann zum Austritt gedrängt haben. Die Jugendorganisation distanzierte sich jedoch keineswegs von Neumann, sondern bedauerte seinen Austritt und reklamierte ein Vorchrecht der Jugend, »auch mal zu provozieren«.



Eine prominente Personalie der **JA NRW**, Felix Alexander Cassel aus Bonn, wurde Anfang Oktober neuer Landesvorsitzender der **JA**. Im Juni 2021 war er zu einer siebenmonatigen Bewährungsstrafe, Führerscheinentzug und einer Zahlung von 250 Euro Schmerzensgeld verurteilt worden weil er im April 2019 in Köln Kalk nach einer **AfD**-Veranstaltung einen Gegendemonstranten angefahren und ihn mehrere Meter auf der Motorhaube mitgerissen hatte. Cassel, auch Bursche der Bonner **Burschenschaft Frankonia**, ging in Berufung.

Ansonsten ist es um die **JA Köln** etwas ruhiger geworden, zumindest legen dies ihre eher spärlichen Facebook-Posts nahe.

Im Juli 2020 gründete sich aus den Protest gegen die Corona-Schutzverordnung heraus eine neue Partei, die auch im RB Köln aktiv ist: **DieBasis – Die Basis-**

demokratische Partei Deutschland. Sie ist im Umfeld der »Querdenker*innen«-Bewegung zu verorten und verbreitet immer wieder Falschinformationen bezüglich der Covid-19-Pandemie.

In Anbetracht der kurzen Zeit ihres Bestehens führten sie einen professionellen Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021. So war **dieBasis** in zahlreichen Städten mit Wahlkampf- und Infoständen präsent und prägte das Stadtbild durch zahlreiche Wahlplakate mit. In Köln führten sie im Zeitraum vom 4. bis zum 24. September einige Wahlstände durch. Darüber hinaus nahmen Funktionär*innen von **dieBasis** an Veranstaltungen mit Kundgebungscharakter teil, die aus der verschwörungsideologischen Szene organisiert wurden. Im RB Köln trat **dieBasis** in allen Kreisen und kreisfreien Städten mit Direktkandidat*innen zur Wahl an. In den meisten von ihnen erhielt sie um die 1,1% der Erststimmen. Den Einzug in den Bundestag verfehlte sie deutlich.

DieBasis kann als ein Versuch gewertet werden, eine Art »Corona-Querfront« aufzumachen und möglichst verschiedene gesellschaftliche Spektren anzusprechen. In einer Veröffentlichung der Partei heißt es beispielsweise: »Wir sind gegen Impf-Apartheid und gegen indirekte Zwangsimpfungen, d.h. gegen JEDLICHE soziale Ausgrenzung Ungeimpfter.« Die Verwendung des Apartheid-Begriffs für eine zeitlich begrenzte teilweise Ungleichbehandlung von freiwillig Ungeimpfter stellt eine eindeutige Relativierung der grausamen rassistischen und kolonialen Verbrechen der weißen Minderheit in Südafrika während der Zeit der historischen Apartheid dar.



3. DROHUNGEN, SCHMIEREREIEN, ÜBERGRIFFE

Extrem rechte Propaganda⁷ vermittelt eine Botschaft und soll gleichermaßen ein Territorium markieren. In den öffentlichen («analogen») Raum schreibt sich die extreme Rechte mittels Plakaten, Aufklebern oder auch **Schmierereien** ein, von denen es im Regierungsbezirk Köln auch im Jahr 2021 etliche gab. So tauchten unter anderem Mitte April in Horbach bei Aachen mehrere Graffiti mit rassistischen Inhalten inklusive Hakenkreuze auf. Propaganda muss jedoch nicht immer gesprüht werden: So gab es beispielsweise Ende Januar ein überdimensional großes Hakenkreuz auf dem Kunstrasenplatz des FC Roetgen auf, das in den frischen Schnee getreten war. In den Sozialen Medien wurde diskutiert, ob es sich um einen »dummen Streich von Jugendlichen« handele oder ob der Vorfall »ernst genommen« werden müsste. Dies verdeutlicht, wie schnell solche Vorfälle verharmlost werden. Ein Hakenkreuz symbolisiert die systematische Verfolgung und Ermordung von Menschen, unabhängig davon ob es als »Streich« oder »Spaß« gemeint war. Ende März wurde in Aachen eine Gebäudewand mit rassistischen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. Die Wand gehörte zu einem Restaurant, welches seit mehreren Jahren von einem Spitzenkoch of Colour betrieben wird. Die Schmierereien erfüllen hier den Zweck einer Bedrohung und einer Feindbildmarkierung.

Im Jahr 2021 wurden mehrere **Gedenkorte zerstört**. So wurde Anfang Januar 2021 eine Gedenkstele für die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Terrors in der Gemeinde Aldenhoven geschändet. Ende Januar wurden in Herzogenrath kurz vor dem Holocaust-Gedenktag zwei Stolpersteine ausgegraben und gestohlen. Die Stolpersteine erinnerten in der Südstraße 46 an Carolina Goldsteen und ihren Sohn Alfred Goldsteen. Beide wurden in Auschwitz beziehungsweise Mauthausen ermordet. In Köln-

⁷ Im Folgenden findet sich lediglich eine Auswahl an Bedrohungen, Schmierereien und Übergriffen aus dem so genannten Hellfeld; d.h. aus den bekannt gewordenen Vorkommnissen. Forschungen, wie auch die Erfahrungen aus der Arbeit der MBR weisen darauf hin, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt.

Rodenkirchen wurde am Wochenende des 20. und 21. Februars ein Gedenkort für die Opfer des rassistisch motivierten rechten Anschlags in Hanau zerstört. Die angebrachten Gedenk-Folien sollten erinnern an: Ferhat Unvar, Sedat Gürbüz, Fatih Saraçoğlu, Kaloyan Velkov, Gökhan Gültekin, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović und Vili Viorel Păun.

Im Jahr 2021 kam es vermehrt zu **Über- und Angriffen, Schmierereien, Sachbeschädigungen und Volksverhetzungen**, die im Zusammenhang mit Protesten gegen die Covid-19-Pandemie standen. So wurde Anfang Februar in der KVB-Linie 4 in Köln ein Flugblatt gefunden, das antisemitische Agitation mit der Anzweiflung der Existenz der Corona-Pandemie verband.⁸ Allgemein tauchten im Kölner Stadtgebiet immer wieder Sticker und Graffiti auf, welche sich thematisch vom Impfen distanzieren und die Corona-Pandemie als Lüge bezeichnen. Mitte Juni wurde mit weißer Sprühfarbe »Lügen« vor dem Testzentrum am Lenauplatz gesprüht – ein Beispiel von vielen. Auch Karl Lauterbach wurde Ziel von Anschlägen und erhielt zahlreiche Todesdrohungen und wüste Beleidigungen. Befeuert wurde dies vor allem nach seiner Ernennung zum Gesundheitsminister durch unzählige Posts auf den Social Media-Kanälen fast aller Akteur*innen der extremen Rechten. Im Februar 2021 musste er seinen geplanten Dienst im Leverkusener Impfzentrum absagen, da die Polizei eine Gefährdungslage sah. Mitte April wurden die Scheiben seines Autos mit Farbe überschüttet. Wenige Tage nach dem Farbanschlag wurde in einer von der Kölner Verschwörungsideologin Johanne Liesegang gegründeten Telegramgruppe die Adresse von Lauterbach geleakt. In dem Post wird dazu aufgerufen, ihm einen »Hausbesuch« abzustatten, was Anfang Dezember auch geschah: Vier unangemeldete

⁸ Um Antisemitismus zu bekämpfen, muss er sichtbar gemacht werden. Über die Meldeseite von m² (miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus) können antisemitische Vorfälle gemeldet werden. www.antisemitismus-melden.koeln

»Demonstrant*innen« wurden am 3. Dezember vor Lauterbachs Privatwohnung festgenommen. Am 10.12. wurden die Scheiben seines Wahlkreisbüros beschmiert und in der Silvesternacht sogar eingeschlagen.

Immer mal wieder kam es im Laufe des Jahres 2021 zu körperlichen Angriffen, zu denen die Täter*innen sich durch den Hinweis auf eine geltende Maskenpflicht legitimiert sahen. So wurden Anfang Februar Mitarbeiter*innen einer Sicherheitsfirma verbal und körperlich angegriffen, als sie zwei Bahnreisende am Bahnsteig auf die gelte Maskenpflicht aufmerksam machten.

Auch losgelöst von dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie kam es im Jahr 2021 zu körperlichen Übergriffen und Sachbeschädigungen. Anfang Mai wurde die jüdische Synagoge auf der Tempelstraße in Bonn-Gronau angegriffen. Der Glasbereich der Eingangstüren wurde mit Steinen beworfen und auf dem gegenüberliegenden Gehweg eine israelische Flagge angezündet. In Bad Honnef kam es im November zu einer rassistisch motivierten Messerattacke.

An einem Wochenende Anfang Mai wurden in der Gemeinde der Kirche Christi Auferstehung in Lindenthal homosexuelle Paare gesegnet. Diese Segnung war innerhalb der Kirche durchaus umstritten. In der Nacht von dem 11. auf den 12. Mai rissen Unbekannte die zwei Regenbogenfahnen, die vor der Kirche hingen, ab und zündeten sie an. Zu Christi Himmelfahrt hängte die Kirche temporär erneut Regenbogenfahnen auf. Ende Mai wurde eine Regenbogenfahne, die an der St. Martinus-Kirche in Aachen-Richterich hing, angezündet. Eine Regenbogenfahne an einer Gaststätte wiederum war in Bonn Ende November für zwei junge Männer Grund genug, sich volksverhetzend zu äußern und einen Zeugen, der sie darauf ansprach, mit Schlägen ins Gesicht anzugreifen. Weiter wurde 2021 von der Staatsanwaltschaft Aachen Anklage gegen zwei Neonazis erhoben. Die beiden sollen am 30. Dezember 2019 vierzig Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Geilenkirchen umgeworfen und besprüht haben. Der Prozess wurde mehrfach verschoben. Eine ähnliche antisemitische Tat ereignete sich Mittel Juli 2019, hier wurden drei-

ßig Grabsteine des jüdischen Friedhofs in Gangelt umgestoßen, zerstört und mit Hakenkreuzen beschmiert. Dieser Fall ist noch nicht aufgeklärt. Es steht zu vermuten, dass es Bezüge zum **Syndikat 52** gibt, jedoch kann den Verdächtigen diese Tat nicht nachgewiesen werden. Die beiden in Aachen angeklagten Neonazis waren im **S52** und im Umfeld von **Die Rechte** aktiv. Ihnen wird unter anderem gemeinschaftliche Störung der Totenruhe und gemeinschaftlich begangene Sachbeschädigung vorgeworfen. In Köln fanden während des Jahres 2021 weitere Gerichtsverhandlungen statt. So zum Beispiel gegen Felix Alexander Cassel und Hans-Josef Bähler⁹.

Das Jahr 2021 war unter anderem geprägt durch **Hetz- und Desinformationskampagnen**. Diese traten auch zur Zeit des Wahlkampfes zur Bundestagswahl zu Tage. So stellte der Hass gegen Politiker*innen während des Wahlkampfes ein massives Problem dar. Viele der Hasskommentare konnten dem rechten bis extrem rechten Spektrum zugeordnet werden¹⁰. Parteübergreifend standen bei solchen Kommentaren vor allem Frauen im Mittelpunkt; sie wurden sexistisch abgewertet.

Alle demokratischen Parteien, vor allem aber **Die Grünen** boten im Bundestagswahlkampf 2021 ein beliebtes Feindbild. Dies zeigte sich beispielsweise in der bundesweiten Kampagne **Grüner Mist**, die ab dem 9. August für mehrere Tage in rund 50 Städten in Deutschland, unter anderem in Köln, zu sehen war. Auf Plakaten, die durch Social Media-Beiträge ergänzt wurden, war zum Beispiel zu lesen »Totalitär. Sozialistisch. Heimatfeindlich.« oder »Klimasozialismus. Ökodiktatur. Enteignungsterror.« Von der Optik ähnelten die Plakate dem Auftritt der Grünen. Als Kampagnensprecher trat David Bendels, Vorsitzender des **Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheit** auf. Laut der Initiative **Lobbycontrol** ist es Ziel des Vereins, Wahlwerbung für die **AfD** zu machen¹¹. Schon 2016 fiel der Verein

⁹ Weiter Infos zu dem Prozess finden sie bei Tatort Porz.

¹⁰ HateAid (2021): #2 Hass als Berufsrisiko – Digitale Gewalt im Wahlkampf. Online abgerufen am 10.09.2021.

¹¹ Wienand, Lars (2021): Tausende Plakate. Ominöse AfD-Unterstützer starten Kampagne gegen Grüne. Online abgerufen am 12.08.2021.

dadurch auf, dass er Millionen Euro in Werbung für die AfD (Plakate, Spots und ein zeitungähnliches Extrablatt) investierte. Neben Hetzkampagnen kam es im Laufe des Wahlkampfs auch immer wieder zu der Verbreitung von Desinformationen, wie beispielsweise das Recherchenetzwerk **Correctiv** darstellte: »Vor der Bundestagswahl kursierten massenhaft Desinformationen im Netz«; nach Einschätzungen der Expert*innen so viel, »dass die Demokratie Schaden nehmen könnte.«¹² So wurde beispielsweise von rechter Seite und aus dem Umfeld der »Querdenker*innen«- Bewegung über Wahlfälschungen bei der Briefwahl spekuliert.

¹² correctiv (Röttger, Tania/ Echtermann, Alice/ Eckert, Till/ Jonas, Uschi/ Kutzner, Steffen/ Thust, Srah/ Bau, Matthias/ Echtermann, Alice et.al.) (2021): Schmutziger Wahlkampf. Wie Desinformation die Bundestagswahl vergiftet. Online abgerufen am 29.09.2021.

Vier Fragen an ...

Wie schätzen zivilgesellschaftliche Akteur*innen das Jahr 2021 ein?

Eine lebendige demokratische und menschenrechtsorientierte Kultur ist ein grundlegender gesellschaftspolitischer Gegenentwurf zu rassistischen und antisemitischen Weltbildern und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Seit Beginn ihrer Tätigkeit im Jahr 2008 hat die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln** im Rahmen von Beratungs- und Vernetzungsprozessen im gesamten Regierungsbezirk Ansprechpartner*innen aus zahlreichen Einrichtungen, Initiativen und Organisationen gefunden. Diese Netzwerke stellen einen großen Pool an Ressourcen, Kompetenzen und Erfahrungen dar. Ein paar von ihnen kommen nun zu Wort.

Vier Fragen an ...



... das Netzwerk gegen Rechts im Oberbergischen Kreis

1. Rückblickend auf das Jahr 2021, welche eurer Projekte bzw. welche Aspekte eurer Arbeit sind euch besonders positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Besonders positiv blieb uns in Erinnerung, wenn Menschen nach unseren Veranstaltungen zurückmel deten, dass sie etwas mitgenommen haben, was ihnen weiterhilft. Beispielsweise hielt Katharina Nocun Online-Vorträge zu Verschwörungserzählungen und Rechtsextremismus, woraufhin Teilneh mende auf uns zukamen und erzählten, wie wichtig solche Formate derzeit für sie wären. Sie fühlen sich überfordert und ohnmächtig, weil sich Menschen aus ihrem persönlichen Umfeld plötzlich Verschwörungserzählungen zuwenden und dabei auch vor Antise mitismus und Rechtsextremismus nicht zurück schrecken.

2. Habt ihr Strategien gefunden trotz der Covid-19-Pandemie eure Arbeit problemlos fortzuführen? Habt ihr Tipps?

Da viele Maßnahmen Anfang 2021 ausfielen, haben wir die Zeit genutzt, unsere Website zu überarbeiten und einen Facebook Account einzurichten, um so im Kontakt zu den Menschen zu bleiben. Wie auch alle anderen waren wir bemüht darum, ein vielfältiges und interessantes Angebot für Oberberger Bürger*innen mit digitalen Formaten zu erstellen. Persönliche Netzwerkarbeit in den digitalen Raum zu verlegen ist nicht ganz einfach gewesen, hat aber erstaunlich gut funktioniert: einfach mal zum Telefon greifen oder eine persönliche Mail schreiben, ganz unverfroren auf Menschen zugehen, das war eine Übung, die uns sowohl digital als auch persönlich weitergeholfen und unsere Kontakte gestärkt hat.

3. Wie schätzt ihr das Potenzial für eine rechte und verschwörungsideologische Mobilisierung in eurer Region für das Jahr 2022 ein?

Wir befürchten, dass das Potential für eine rechte und verschwörungsideologische Mobilisierung im Oberbergischen Kreis ausgesprochen hoch ist. Wie in vielen Städten wird auch in der oberbergischen Kreisstadt Gummersbach seit Anfang Dezember jeden Montag gegen eine Impfpflicht demonstriert – zuletzt mit ca. 1.100 Teilnehmer*innen. Organisieren tun sich diese Menschen in einem Telegram-Kanal, der schon seit Beginn der Hygieneschutzmaßnahmen besteht und Stimmung gegen diese macht. In diesem über 1.500 Mitgliedern umfassenden Kanal werden hemmungslos antisemitische, rassistische, holocaustverleugnende und demokratiefeindliche Inhalte geteilt, ganz zu schweigen von verschwörungsideologischen Ansätzen – und das zumeist unwidersprochen. Es ist unerheblich, ob sich die Teilnehmenden selbst rechts einordnen würden. Dass sie alle Mitglieder dieses Kanals sind, und damit hinnehmen, was dort geteilt wird und mit den Menschen, die diese Dinge teilen, montags auf die Straße gehen, ist verwerflich. Es zeigt deutlich, wie nah Antisemitismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit diesen Menschen schon gekommen ist.

4. Was braucht ihr für das neue Jahr, um die Zivilgesellschaft mit eurer Arbeit zu stärken?

Besonders wichtig wäre Planungssicherheit – die momentan natürlich leider niemand hat. Darüber hinaus wäre es gut, neue Ideen, Tools und Ansätze zu nutzen, um Zivilgesellschaft zu erreichen sie in ihrem Bemühen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu stärken. Die klassische politische Bildungsarbeit ist eventuell etwas überholt und neue, inspirierende und motivierende Ansätze, die insbesondere auch junge Menschen und Erwachsene erreichen, sollten noch mehr untereinander ausgetauscht werden.

Vier Fragen an ...



... kein Veedel für Rassismus

1. Rückblickend auf das Wahljahr 2021, welche Ereignisse von rechter Seite aus sind euch weshalb bleibend in Erinnerung geblieben?

In Erinnerung ist die Fahnenaktion der AfD mit der Aufschrift »Kein Veedel für Antisemitismus« geblieben und diverse Anfragen der AfD-Landtagsfraktion mit dem Ziel, die Fahnenaktion von »Kein Veedel für Rassismus« zu behindern. Diese Reaktionen haben gezeigt, wie sehr die Fahnenaktion die AfD getroffen hat. Die wiederholte Wahlwerbung für die AfD durch die Firma STRÖER-Media. Der Strafprozess gegen den ehemaligen Porzer CDU Politiker Bähler, der in Porz auf einen Jugendlichen geschossen hatte. Mehrere Attacken von Rechten auf unsere Social Media-Kanäle, mit denen wir einen geübten Umgang gefunden haben, und der durch Aktionen von »Kein Veedel für Rassismus« und anderer Gruppen misslungene Straßenwahlkampf der Kölner AfD zur Bundestagswahl.

2. Welche eigenen Projekte sind euch positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Zur Bundestagswahl haben wir erneut »Argumente gegen die AfD« verfasst und veröffentlicht. Die »Argumente« wurden sehr gut angenommen und

wir freuen uns, dass sie auch in das ein oder andere Klassenzimmer Einzug erhalten haben. Die Fortsetzung der erfolgreichen Fahnenaktion hat stattgefunden und konnte damit weiter das Stadtbild in Köln prägen. In Zusammenarbeit mit anderen Kölner Gruppen war die kritische »Begleitung« des Straßenwahlkampfes der AfD ein Schwerpunkt von »Kein Veedel für Rassismus«. Es ist uns gelungen, den überwiegenden Teil der Wahlkampfstände mit unserer Anwesenheit zu bereichern und damit die Wirksamkeit der Stände minimieren. Vielfach wurden wir dabei spontan von Kölner:innen unterstützt, die mit ihrer Fahne zu uns stießen. Last but not least ist zu nennen, dass Sportvereine unser Logo übernommen und auf ihre Trikots gedruckt haben.

3. Welche Prognose habt ihr mit Blick auf die Landtagswahlen in NRW 2022?

In Köln wird die AfD wie schon bei den letzten drei Wahlen (Europa-, Kommunal- und Bundestagswahl) keine größeren Stimmenzuwächse verzeichnen. Dazu haben bisher die erfolgreichen Gegenproteste der letzten Jahre beigetragen und werden das auch bei der Landtagswahl 2022 tun. Die Partei die Basis werden wir im Auge behalten. Sie ist sicherlich als neue rechte Partei einzuordnen. Die Basis beteiligt sich heute an den Anti-Corona-Virus Demonstrationen. Hier stehen sie zusammen mit extrem Rechten, rechten Hools, IB'lern und AfD-Funktionär:innen. Dies scheint ihnen auch recht zu sein. Ob sie sich fortentwickelt und in welche Richtung dies geschieht, bleibt abzuwarten. Auch die Kölner CDU und der Flügel der Werteunion werden wir kritisch im Auge behalten.

4. Wie schätzt ihr das Potenzial für eine rechte und verschwörungsideologische Mobilisierung in eurer Region für das Jahr 2022?

Die Teilnehmer:innenzahl der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen ist auch in Köln in die Höhe geschneilt. Mit großer Sorge sehen wir, dass die sogenannten »Montagsspaziergänge« von einer Person mit eindeutig rechtem Hintergrund organisiert werden und sowohl AfDler wie auch andere bekannte Personen aus dem extrem rechten und ver-

schwörungsideologischen Spektrum ungehindert an diesen Demonstrationen teilnehmen. Bisher blieb eine klare Distanzierung der Teilnehmer:innen von diesem Spektrum aus. Damit bieten die Demonstrationen einen gefährlichen Nährboden für eine rechte und verschwörungsideologische Mobilisierung.

Vier Fragen an ...

... Omas gegen Rechts aus Köln

1. Rückblickend auf das Wahljahr 2021, welche Ereignisse von rechter Seite aus sind euch weshalb bleibend in Erinnerung geblieben?

Die vielen Demonstrationen der Coronaleugner/ Rechten/Verschwurbelten/ Verschwörungstheoretikern/Querdenker usw. Unglaublich war für uns der fortlaufende Zulauf der Coronaleugner aus der Mitte der Gesellschaft.

2. Welche eigenen Projekte sind euch positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Unter anderem unsere regelmäßigen Treffen am 2. Donnerstag im Monat zur Planung und Organisation sowie am 16.05.21 das Gedenken an die Bücherverbrennung in Köln am 17. Mai 1933 vor dem Bodendenkmal vor der TH, Gustav-Heinemann-Ufer 54. Am 21.08.21 hatten wir ein Seminar zur Gesprächsschulung an den Infoständen mit »Kein Veedel für Rassismus« und wir haben acht Infostände mit dem Aufruf demokratisch und nicht rechts zu wählen durchgeführt. Am 14.10.21 haben wir Ronja Heukelbach eingeladen, welche uns das Angebot und die Aufgaben der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus im RB Köln« vorstellte. Darüber hinaus ist die Teilnahme an einigen Demonstrationen und Aktionen in Köln und deutschlandweit zu den Themen Solidarität mit unterdrückten und kriegsgeführten Ländern, Geflüchteten, Trauernden, Frauen, Wohnungs- und Obdachlosen zu nennen.

3. Welche Prognose habt ihr mit Blick auf die Landtagswahlen in NRW 2022?

Die Omas stellen sich mit Infoständen in den Stadtteilen Porz und Chorweiler (höchster Wahlerfolg der AfD in Köln) - vor der Landtagswahl - erneut gegen die Rechten. Die Infostände erfolgen zweiwöchentlich und bei Kapazitäten ist geplant, auch in Bocklemünd Infostände durchzuführen. Wahrscheinlich hat die AfD ein Level an Wählern erreicht, die mit leichten Schwankungen auch in 2022 Rechts wählen wird.

4. Wie schätzt ihr das Potenzial für eine rechte und verschwörungsideologische Mobilisierung in eurer Region für das Jahr 2022 ein?

Die Omas gegen Rechts sind bisher eher reaktiv organisiert und politisch im fortschrittlichen Spektrum vernetzt. Es gibt daher keine einheitlichen Prognosen für die Zukunft. Spürbar ist jedoch, dass die unterschiedlichsten rechten Organisationen im Untergrund der sozialen Netzwerke vielfältig aktiv sind. Die AfD-Wähler geben Statements und unterlassen es meist sich und ihre Absichten uns gegenüber zu offenbaren. Aktuell bildet sich in Köln aktiver Widerstand und der Erfolg bleibt abzuwarten.

Vier Fragen an ...

NRWeltoffen Düren



1. Rückblickend auf das Jahr 2021, welche Ihrer Projekte bzw. welche Aspekte Ihrer Arbeit sind Ihnen besonders positiv in Erinnerung geblieben und warum?

Das Projekt NRWeltoffen konnte 2021 im Kreis Düren, trotz größerer Veränderungen, erfolgreich weitergeführt und vielseitig gestaltet werden. Dies ist insbesondere auch dem Engagement des »Dürener Bündnis gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt« und zivilgesellschaftlicher Akteure zu verdanken. Die enge Zusammenarbeit von lokalen Initiativen, Zivilgesellschaft und kommunaler Verwaltung hat die Arbeit im Jahr 2021 positiv (mit-) gestaltet und vorangetrieben. Auch der Austausch mit anderen NRWeltoffen-Stellen gab zahlreiche neue Impulse. Der im Netzwerk organisierte Online-Fachtag zu Antimuslimischem Rassismus im Herbst 2021 wurde von vielen Akteur*innen aus dem Kreis Düren besucht und durchweg positiv bewertet. Zudem konnten spannende Online-Veranstaltungen, zum Beispiel zu den Themen »Rassismuskritik in Schule und Gesellschaft« und »Was tun gegen rassistische und diskriminierende Sprüche?«, durchgeführt werden. Der »Thementag Polizeigeschichte« bildete darüber hinaus den erfolgreichen Auftakt zu einer Fortbildungsreihe zu Rechtsextremismus in Zusammenarbeit mit der Dürener Polizei, die 2022 und 2023 fortgeführt werden soll.

2. Haben Sie Strategien gefunden trotz der Covid-19-Pandemie Ihre Arbeit problemlos fortzuführen? Haben Sie Tipps?

Ein Großteil der Veranstaltungen von 2021 wurde bereits im Vorhinein als Online-Veranstaltung konzipiert. Die Zusammenarbeit mit lokalen Akteur*innen und Zivilgesellschaft und der Austausch mit Netzwerkpartner*innen fand ebenso überwiegend online statt und konnte so gut fortgeführt werden. Darüber hinaus sind symbolische Aktionen, wie z.B. die Beteiligung an der Aktion »Kein Platz für Ausgrenzung«, ein gutes Mittel, um Inhalte der Antirassismusbearbeitung auch im öffentlichen Raum zu transportieren.

3. Wie schätzen Sie das Potenzial für eine rechte und verschwörungsideologische Mobilisierung in Ihrer Region für das Jahr 2022 ein?

Die aktuellen Entwicklungen der »Montagsspaziergänge« zeigen, dass auch im Kreis Düren rechte und verschwörungsideologische Mobilisierungen in Zusammenhang mit der Covid-Pandemie stattfinden

und alte (überregionale) Netzwerke leicht reaktiviert werden können. Das Auftauchen von Plakaten in Dürener Geschäften an Weihnachten, auf denen: »Ungeimpfte werden gemobbt«, zusammen mit gelbem Stern standen, verdeutlichen die Verflechtungen von Antisemitismus, Shoa-Relativierung und Verschwörungserzählungen, innerhalb der Querdenken- und Protestszene, die auch im Kreisgebiet weiterhin beobachtet werden müssen.

4. Was brauchen Sie für das neue Jahr, um die Zivilgesellschaft mit Ihrer Arbeit zu stärken?

Grundlegend für die Stärkung der Zivilgesellschaft im Kreis Düren ist die enge Zusammenarbeit der lokalen Akteur*innen und ein breit aufgestelltes Netzwerk. Gleichzeitig ist es notwendig, über die aktuellen Bedarfe informiert zu bleiben und diese regelmäßig abzufragen, um erfolgreiche und demokratiestärkende Maßnahmen umsetzen zu können, die stets auch die Perspektiven der Betroffenen von Rechtsextremismus und Rassismus miteinbeziehen.

4. ABSCHLUSSBERICHT DER STABSSTELLE RECHTSEXTREMISTISCHE TENDENZEN IN DER POLIZEI NRW

Interview mit Michael Sturm zum Abschlussbericht der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW

Schon im Jahr 2020 geriet die Institution der Polizei in den Fokus der Berichterstattung, beispielsweise im Rahmen von rechten Gruppenchats. Auch 2021 riss die Berichterstattung darüber nicht ab. Zeit online¹³ veröffentlichte Anfang März 2021 einen Artikel, in welchem davon die Rede ist, dass 251 Beschäftigte von Sicherheitsbehörden in NRW im Verdacht stehen rechtsextrem zu sein. Sechs Polizist*innen wären entlassen worden und weitere Verfahren stünden aus. Von den 110 bis zu dem Zeitpunkt ausgewerteten Fällen bezögen sich 25 Fälle auf Aachen und 21 Fälle auf Köln. Die Dunkelziffer dürfte höher liegen. Bei den meisten Fällen handele es sich um Rassismus und NS-Verherrlichung, gefolgt von Antisemitismus und Gewaltverherrlichung.

Im August 2021 wurde vom Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen unter der Redaktion der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW ein Abschlussbericht herausgegeben. Er beinhaltet den Auftrag, das Lagebild, die Datenerhebung und Handlungsempfehlungen

Michael Sturm, Mitarbeiter der Mobilen Beratung im Regierungsbezirk Münster gegen Rechtsextremismus, für Demokratie (mobim), beantwortete im Interview einige Frage zu dem Abschlussbericht und was seiner Expertise nach notwendig ist, um gegen rechte und rassistische Tendenzen in der Polizei vorzugehen.

Die mobim ist im heutigen Geschichtsort **Villa ten Hompel** in Münster angesiedelt. Die Villa ten Hompel ist eine ehemalige Fabrikantenvilla, war Sitz der Ordnungspolizei im Nationalsozialismus, Ort der Entnazifizierung und Dezernat für Wiedergutmachung im

¹³ ZEIT ONLINE (2021): Sechs Kommissaranwärter wegen rechter Polizei-chats entlassen. Online im Internet unter: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-03/echtsextremismus-polizei-chat-nordrhein-westfalen-entlassung>. Abgerufen am 18.12.2021.

Nachkriegsdeutschland und bietet heute Raum für die Auseinandersetzung mit geschichtlichen und aktuellen Themen zwischen Erinnerungskultur und Demokratieförderung am historischen Ort.

Die Forschungs- und Arbeitsschwerpunkte von Michael Sturm sind unter anderem: Neonazismus, Rechtspopulismus und Polizeigeschichte der Bundesrepublik.

Wie schätzt du den Abschlussbericht der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW ein?

Michael Sturm: Mein Eindruck ist ambivalent. Zum einen enthält der Abschlussbericht in seinen Handlungsempfehlungen eine Reihe von Vorschlägen, die aus meiner Sicht sinnvoll und hilfreich sein können extrem rechten Tendenzen in der Polizei zu begegnen und die Sensibilisierung für die Erfahrungen und Wahrnehmungen von Personen, die von Rassismus, auch von als rassistisch wahrgenommenen polizeilichen Praktiken betroffen sind, zu fördern. Zu nennen sind hier etwa die Empfehlung, Supervisionsangebote für Polizeibeamt*innen deutlich auszubauen oder revidierte Fortbildungen und Vernetzungen zu fördern, die Polizist*innen Kenntnisse und Verständnis für die Menschen und deren Perspektiven in den Sozialräumen vermitteln sollen, in denen sie ihren Dienst verrichten. Auch die angeregte engere Vernetzung mit den Beratungsstellen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt ist zweifellos zu begrüßen. Freilich bleibt abzuwarten, ob, wann und in welchem Umfang die Handlungsempfehlungen tatsächlich umgesetzt werden. Zum anderen ist der Abschlussbericht aus meiner Sicht in verschiedenen Punkten auch problematisch. Das hat u.a. damit zu tun, dass den Ausgangspunkt der Untersuchung eine vergleichsweise kleine Gruppe von Polizist*innen bildet, die im Zusammenhang mit extrem rechten Chatnachrichten in den Fokus der Ermittlungen geraten sind. Den in dem

Abschlussbericht formulierten Schlussfolgerungen, dass die Mehrzahl der verdächtigen Polizist*innen nicht über ein »geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild verfügt« und darüber hinaus »rechtsextremistische Netzwerke innerhalb der Polizei NRW« nicht feststellbar seien, liegt ein sehr eng gefasster, auf organisatorische Strukturen orientierter Rechtsextremismusbegriff zugrunde. In der öffentlichen Präsentation des Abschlussberichts transportierte dieser Befund, dann auch ein klar entlastende Botschaft. Die »Stabsstelle« nahm zwar die gesamte Polizeiorganisation in den Blick, eine Auseinandersetzung mit Hinweisen auf strukturellen und institutionellen Rassismus wurde jedoch nicht geführt. Grundsätzlich ist auffallend, dass die Studie mit einem sehr eng gefassten biologisch bestimmten Rassismusbegriff operiert, der ohnehin kaum in Beziehung zu polizeilichen Strukturen, Einstellungsmustern oder Praktiken gebracht wird. Der Bericht kann demnach notwendige, aber noch ausstehende Studien, in denen auch in viel umfassenderer und systematischerer Weise auch nichtpolizeiliche Perspektiven auf die Polizei einfließen müssten, nicht ersetzen.

Was ist deiner Meinung nach notwendig, um gegen rechte und rassistische Tendenzen in der Polizei vorzugehen?

Michael Sturm: In den aktuellen Diskussionen beziehen sich die Vorschläge häufig sehr stark auf die Aus- und Fortbildung der Beamt*innen. Aus meiner Wahrnehmung, die sich auch aus zahlreichen anderen Veranstaltungen mit Polizist*innen speist, gibt es einen wachsenden Bedarf an rassismuskritischer Fortbildung – für deren Umsetzung braucht es aber Zeit, finanzielle Mittel und natürlich die Bereitschaft auch innerhalb der eigenen Behörde kritische und selbstreflexive Auseinandersetzungen zu fördern. Hier sind freilich wieder Behördenleitungen und Innenministerien gefragt, hierfür die geeigneten Voraussetzungen und Rahmenbedingung zu schaffen. Das ist sicherlich ein zentraler Aspekt, aber bei weitem nicht der Einzige. Notwendig erscheint mir vor allem, dass innerhalb der Polizei Strukturen geschaffen werden, die eine (selbst)kritische Ausein-

andersetzung mit Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen ermöglichen. Polizist*innen können durch ihre Aus- und Fortbildung noch so gut für die Erscheinungsformen von Rassismus und anderen Diskriminierungsformen sensibilisiert sein, so lange es jedoch nur schwer möglich ist diskriminierende, autoritäre und demokratiefeindliche Haltungen und Praktiken behördenintern zu erkennen und zu thematisieren, wird sich an den Problemen wenig ändern.

Die Forderung in den Polizeibehörden eine Fehler- und Kritikkultur zu etablieren ist keineswegs neu – sie findet sich auch in den Handlungsempfehlungen des ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags zum NSU-Komplex im Jahr 2013. Seit Jahrzehnten werden darüber hinaus in der sozialwissenschaftlichen Polizeiforschung die problematischen Auswirkungen einer polizeiinternen »Cop Culture«, spezifischer polizeilicher Subkulturen, beschrieben, die ihren Ausdruck eben auch in rassistischen Haltungen und Handlungsmustern finden können. Die Herausforderungen sind also eigentlich bekannt – Konsequenzen werden jedoch allenfalls sporadisch gezogen. Aber welche strukturellen Veränderungen könnten eine Polizeikultur fördern, in der Rassismus und andere Diskriminierungsformen als problematisch erkannt werden? In einer hierarchisch gegliederten Behörde wie der Polizei kommt hier den Vorgesetzten und den Leitungsebenen zentrale Bedeutung zu. Hier sind klare Positionierungen gefordert, nach innen wie nach außen. Dabei sollten Behördenleitungen nicht den leider häufig zu beobachtenden Reflexen folgen, rassistische Vorfälle automatisch als »Einzelfälle« zu deklarieren, sondern nach dem breiteren Referenzrahmen fragen, der solche Handlungsweisen fördert und möglich macht. Transparente Untersuchungen und Aufklärung der Vorfälle würden aus meiner Sicht zudem dazu beitragen, das gesellschaftliche Vertrauen in die Institution Polizei zu fördern. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, die Wahrnehmungen und Aussagen von Betroffenen ernst zu nehmen und in den polizeiinternen Auseinandersetzungen mit Rassismus viel stärker zu berücksichtigen. Wichtig wäre weiterhin,

innerhalb der Polizeibehörden Räume zu schaffen, in der eine Beschäftigung mit den eigenen Praktiken, Handlungsmustern und Einstellungen möglich wird. Ein weiterer wichtiger Aspekt könnte die Schaffung unabhängiger Polizeibeauftragter sein, die gleichermaßen für Polizist*innen wie auch für Menschen die von polizeilichen Maßnahmen betroffen sind, ansprechbar sind, und Vorwürfe – etwa im Zusammenhang mit als rassistisch wahrgenommenen Maßnahmen oder aber auch in Fällen von diskriminierendem Verhalten innerhalb der Polizei selbst – eigenständig untersuchen können. In anderen europäischen Ländern, wie etwa in Großbritannien oder Dänemark gibt es bereits seit Jahren sehr positive Erfahrungen mit unabhängigen Polizeibeauftragten bzw. Polizeibeschwerdestellen.

In den letzten Monaten hat sich – trotz Pandemie – die Zahl der Besucher*innen- und Seminargruppen aus dem Bereich der Polizei in der Villa ten Hompel noch einmal deutlich erhöht. Die Beobachtung machen aber auch andere Gedenkstätten in NRW sowie in anderen Bundesländern. Wie stehst du zu der Annahme, dass Gedenkstättenbesuche und einmalige Bildungsangebote extrem rechtem Denken vorbeugen und entgegenwirken?

Michael Sturm: Ich bin da ziemlich skeptisch. Oder anders ausgedrückt: Es kommt zunächst einmal darauf an, sich darüber zu verständigen, was genau und wodurch mit einem Gedenkstättenbesuch von wem gelernt werden soll. Sicherlich: Der Besuch einer Gedenkstätte und/oder die Teilnahme an einem dort angebotenen Seminar, kann zweifellos dazu beitragen, den Teilnehmenden neue Perspektiven zu eröffnen oder schlicht Wissen zu vermitteln über die Verbrechen im Nationalsozialismus und deren Opfer. Ich denke, allein das ist schon mal ein Wert an sich. Indes: eine nachhaltige Auseinandersetzung mit Rassismus im Allgemeinen oder den eigenen rassistischen Haltungen und Einstellungen im Besonderen, können Gedenkstättenbesuche nicht leisten. Dies gilt für die Zielgruppe Polizei, aber natürlich auch für jede andere Besucher*innengruppe. Gedenkstättenbesuche sind in der Regel kurzzeitpädagogische Settings, in denen womöglich tiefsitzende und über

einen langen Zeitraum erlernte Ressentiments und diskriminierende Haltungen, nicht innerhalb weniger Stunden aufgebrochen werden können – zumal es ja bei einem Gedenkstättenbesuch in erster Linie um die Auseinandersetzung mit einem historischen Geschehen geht, das sich vor über 80 Jahren ereignet hat. Kognitive Transferleistungen im Sinne eines immer wieder postulierten »Lernen aus der Geschichte« finden nur sehr begrenzt statt. Zudem sind Gedenkstätten sehr stark normativ und emotional aufgeladene Orte, die auch ein hohes Maß an »sozialer Erwünschtheit« produzieren können, sodass ressentimentgeladene Haltungen häufig gar nicht erst ausgesprochen und somit auch nicht zum Thema einer pädagogischen Auseinandersetzung werden können. Eine solche Auseinandersetzung müsste ohnehin auf Freiwilligkeit basieren, diese ist jedoch bei Besucher*innengruppen aus dem Bereich der Polizei meist nicht die Grundlage ihres Gedenkstättenbesuchs.

Da Gedenkstätten vielfach konstruierte und überschriebene Orte sind, entfalten sie ihre Wirkung auch nicht von selbst. Sie sind erklärungsbedürftig. Absolut notwendig ist aus meiner Perspektive daher auch eine umfassende Vor- und Nachbereitung des Besuchs, was aber leider häufig nicht stattfindet. Kurz gesagt: Gedenkstättenbesuche werden mit Erwartungshaltungen stark überfrachtet. Sie eröffnen durchaus die Möglichkeit »Geschichte« zu konkretisieren und dazu beizutragen ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu schaffen, das wiederum dazu beitragen kann, extrem rechte Narrative zu hinterfragen. Das ist aber an bestimmte Voraussetzungen geknüpft, die ich hier kurz skizziert habe. Auf gar keinen Fall sollten Gedenkstättenbesuche aber als rassismuskritische Seminare oder Fortbildungen ausgegeben werden. Das können sie aus vielerlei Gründen nicht sein. Gedenkstättenbesuche, die als solche deklariert werden, erfüllen häufig somit eine Feigenblattfunktion. Die Beschäftigung mit dem historischen Geschehen im Nationalsozialismus wird als Vorwand genutzt, um eine Auseinandersetzung mit Rassismus und eigenen rassistischen Verstricktheiten nicht führen zu müssen. Man richtet sich gleichsam in der »Behaglichkeit des Gedenkens« ein,

zumal dann, wenn auch Fragen nach Kontinuitätslinien nicht gestellt werden und die Verbrechensgeschichte des Nationalsozialismus vor allem als Negativfolie dient, um die »Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik« in umso schillernderem Licht erscheinen zu lassen.

Verwundert es dich, dass die Thematik »Rechts-extremismus« im Kontext der Polizei (erst jetzt) aufkommt? Oder war die Thematik schon immer da und fand nur keine gesellschaftliche Resonanz? Wenn ja, woran lag das deiner Meinung nach?

Michael Sturm: Ganz neu ist die Thematik »Rechts-extremismus« im Kontext der Polizei nicht. Die Auseinandersetzung damit, erfolgt aber in Konjunkturen, die in den vergangenen 30 Jahren immer wieder von einzelnen Polizeiskandalen ausgelöst wurden. Festzustellen ist allerdings, dass die Frequenz von Skandalisierungen rassistischer oder extrem rechter Haltungen und Verhaltensweisen von Polizeiangehörigen in jüngster Zeit deutlich zugenommen hat. Das muss nicht unbedingt bedeuten, dass extrem rechte Einstellungen in der Polizei zugenommen haben, die Entwicklung kann vielmehr auch ein Hinweis darauf sein, dass das Bewusstsein für die Dimensionen von alltäglichem, institutionellem und strukturellem Rassismus in der Bundesrepublik, aber auch in den Polizeibehörden gewachsen ist. Nicht zuletzt die Stimmen jener Menschen, die von Rassismus oder anderen Diskriminierungsformen betroffen sind – im Rahmen von polizeilichen Handlungen, aber auch durch andere Institutionen und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, werden nunmehr stärker wahrgenommen. Von Rassismus betroffene Personen organisieren sich und fordern Gerechtigkeit ein, nicht erst seit den Black Lives Matter Protesten im Jahr 2020. Diese Stimmen lassen sich zunehmend weniger ignorieren – auch nicht von der Polizei, deren Interessenvertretungen und den Innenministerien. Gleichwohl herrscht hier vielfach noch eine Art Wagenburgmentalität, die sich nicht zuletzt darin spiegelt, systematischen, größer angelegten Studien zu Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen in der Polizei skeptisch oder vehement ablehnend gegenüberzustehen. Allein die Forderung nach entsprechenden Untersuchungen wird hier, oft-

mals in polemischem Tonfall als »überflüssig« oder sogar als »Diffamierung« der Polizei diskreditiert. Dabei gibt es seit einigen Jahren innerhalb polizeilicher Einrichtungen, besonders im Bereich der Polizeihochschulen, aber auch in den Direktionen und Präsidien sehr wohl Akteur*innen, die umfangreichere Untersuchungen zu den mentalen, organisatorischen und strukturellen Referenzrahmen, die rassistische Haltungen und Praktiken in der Polizei bedingen und fördern können, begrüßen würden. Teile der Polizei sind hier offenkundig also weiter als dies die Verlautbarungen polizeilicher Lobbyorganisationen und einzelner Innenminister*innen suggerieren. Es soll zudem nicht unerwähnt bleiben, dass beispielsweise die »Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizisten« schon in den 1980er Jahren auf die Verbreitung von Rassismus in den Reihen der Polizei hingewiesen hat. Eine Wahrnehmung, die sich mit den Wahlerfolgen der »Republikaner« am Ende der 1980er Jahre und der Beobachtung, dass zahlreiche Funktionäre der extrem rechten Partei Polizeibeamt*innen waren, weiter verstärkte. Im Kontext einer Reihe rassistischer Polizeiskandale in den 1990er Jahren entstanden dann auch erste Untersuchungen zu »Rechtsextremismus« und »Fremdenfeindlichkeit« (der Begriff Rassismus fand damals noch eher selten Verwendung) in der Polizei, an denen polizeiliche Hochschulen durchaus beteiligt waren. Mit der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011 und dem damit offenkundig werdenden Versagen von Strafverfolgungsbehörden und Inlandsgeheimdiensten, für deren Handeln offenkundig auch ressentimentgeladenen und rassistischen Sichtweisen handlungsleitend waren, hat die Thematisierung von Rechtsextremismus und Rassismus in der Polizei einen erneuten Schub erhalten, wenngleich die bereits erwähnte »Wagenburgmentalität« weiterhin sehr wirkmächtig ist. Künftige Studien zum Thema Rassismus und Polizei, aber auch pädagogische Ansätze in der polizeilichen Aus- und Fortbildung werden indessen nicht umhinkommen, die Wahrnehmungen, Perspektiven und Erfahrungen jener vielen, die von Rassismus betroffen sind – auch im Kontext polizeilicher Maßnahmen – in viel stärkerem Maße zu berücksichtigen.

5. AUSBLICK

Das Jahr 2022 verspricht auf den ersten Blick nicht viel besser zu werden als das Jahr 2021. Wie sich gegen Ende des Jahres abzeichnen werden wieder hunderte Protestierende gegen die Corona-Schutzmaßnahmen durch die Städte ziehen und antisemitische Verschwörungserzählungen über Covid-19 und Corona-Impfungen verbreiten. Der Hoffnungsschimmer des Impfstoffes glimmt zwar noch, allerdings scheint der Andrang der Impfwilligen erschöpft zu sein.

Covid-19 hat die Gesellschaft an einen Scheideweg gebracht und es ist noch nicht absehbar, in welche Richtung es geht. Aktuell wird immer wieder verhandelt, welchen Weg die Gesellschaft einschlagen wird. Hier wird immer deutlicher: es braucht (gerade jetzt) eine starke Zivilgesellschaft. Eine Gesellschaft kann hinsichtlich Verschwörungserzählungen, welche die Demokratie negieren und Antisemitismus reproduzieren, nicht neutral bleiben. Die Zivilgesellschaft kann sich für einen solidarischen Weg aus der Covid-19-Krise aussprechen und einsetzen. Sie kann die Freigabe der Patente für die Impfstoffe fordern und Schutzmaßnahmen, welche nicht nur zu Lasten von Freizeit und Privatleben gehen, sondern auch Konsequenzen im Bereich der Lohnarbeit miteinbeziehen. Sie kann öffentlich hörbar Lösungswege fordern, in welchen die Kosten der Pandemie von allen getragen werden. Lösungswege in welchen das Pflegepersonal endlich auch finanziell die Anerkennung bekommt, die sie verdient. Es braucht eine Zivilgesellschaft, die sich der Coronaquerfront entgegenstellt und Verschwörungserzählungen, Fake News und Antisemitismus eine Abfuhr erteilt. Auf diese Zivilgesellschaft werden wir dieses Jahr setzen müssen.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus unterstützt und aktiviert zivilgesellschaftliches Engagement mit dem Ziel der Stärkung einer menschenrechtsorientierten demokratischen Kultur. Sie steht für einen grundlegenden gesellschaftspolitischen Gegenentwurf, für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Köln bietet Beratung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus an (z.B. wenn Kolleg*innen immer wieder mit rechten Sprüchen auffallen), sowie Qualifizierungen in den Themen Rassismus und Diskriminierung (z.B. wenn Ihr Verband sich in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung besser aufstellen möchte). Weiter bietet sie Informationen zu extrem rechten Aktivitäten im RB Köln an (z.B. wenn Sie wissen wollen, was die extreme Rechte vor Ort macht).

Wenn Sie in einem dieser Bereiche Bedarf haben, melden Sie sich gerne unter der Telefonnummer 0221 – 221 27162 oder per E-Mail unter ibs@stadt-koeln.de.

Weitere Informationen können Sie unserer Website entnehmen. <https://www.mbr-koeln.de/>

6. VERWEIS AUF WEITERE LITERATUR-QUELLEN

Im Folgenden werden einige aufschlussreiche (Recherche-)Veröffentlichungen des Jahres 2021 genannt. Sie bieten die Möglichkeit, bestimmte Themen zu vertiefen oder sich einen besseren Überblick zu verschaffen.

■ Seit Dezember 2021 hat die **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus der Stadt Köln** eine neue Website. In neuem Design findet sich im Bereich der Dokumentation die Rubrik **Vor Ort Berichte**. Im Frühjahr 2022 wird eine Dokumentation zu extrem rechten Akteur*innen und Ereignissen im RB Köln hier zu finden sein. Diese werden nach den verschiedenen Kreisen und kreisfreien Städten des RB unterteilt. Die Informationen werden weiterhin halbjährlich aktualisiert. Die bisherigen Vor Ort-Berichte finden sich als PDF im Archiv auf der Homepage.

■ Zur Bundestagswahl 2021 veröffentlichte die MBR Köln eine Wahlnachlese unter dem Titel **Extrem rechte und rechtspopulistische Parteien im Regierungsbezirk Köln bei der Bundestagswahl 2021**. Hier finden sich Informationen zu den Inhalten der Wahlprogramme, den Wahlkämpfen und den Wahlergebnissen von rechten, antifeministischen und verschwörungsideologisch geprägten Parteien, welche im RB Köln zur Wahl angetreten sind. Darüber hinaus wird ein Ausblick auf Hetz- und Desinformationskampagnen bei der Bundestagswahl gegeben sowie Thesen und Analysen zu den Wahlergebnissen aufgestellt.

■ Kolleg*innen der MBR Berlin haben ein Handout mit **Tipps für die Vor- und Nachbereitung sowie Durchführung von Info- und Wahlständen** veröffentlicht. Ziel der vierseitigen Veröffentlichung ist es, das Risiko von Störungen von rechten Akteur*innen so gut wie möglich einzuschätzen, das Team auf den Umgang mit rechten Störungen vorzubereiten und mögliche Handlungsoptionen aufzuzeigen.

■ Eine weitere Veröffentlichung der Kolleg*innen der MBR Berlin und des Verbandes der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt trägt den Titel **Bedroht zu werden, gehört NICHT zum Mandat. Ein Ratgeber zum Umgang mit rechten Bedrohungen und Angriffen für Kommunalpolitiker*innen und Kommunalverwaltung**. Sie thematisiert, dass viele kommunalpolitisch Engagierte und Mitarbeiter*innen in Verwaltungen in der Pandemie eine Zuspitzung von rechten Angriffen und Drohungen erleben. Die Veröffentlichung beinhaltet praktische Handlungsmöglichkeiten und richtet sich an Betroffene sowie deren Familien und Freund*innen sowie an Vorgesetzte und Verantwortungsträger*innen in Kommunen und demokratischen Parteien.

■ Im Rahmen der Bundestagswahl 2021 veröffentlichte die gemeinnützige und unabhängige Redaktion Correctiv Recherchen zur AfD-Spendenaffäre einen Hintergrundartikel mit dem Titel **AfD-Spendenaffäre: Das doppelte Spiel**. Die gleichen Journalist*innen, Marcus Bensmann, Gabriela Keller, Jonathan Sachse, Justus von Daniels und Miriam Lenz, veröffentlichten am 15. September einen weiteren Artikel: **AfD taucht bei Millionen-Kampagne von anonymen Spendern als ›Direktkunde‹ auf**.

■ Wie im Jahresbericht 2021 deutlich wurde, prägten die Covid-19-Pandemie und die Proteste gegen die Corona-Schutzverordnungen das Jahr. Hierzu wurden mehrere Bücher veröffentlicht: In dem von Wolfgang Benz im Metropol Verlag herausgegebenen **Sammelband Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr** kommen auf 318 Seiten verschiedene Autor*innen zu Wort und beleuchten unterschiedliche Facetten der Thematik. Matthias Meisner und Heike Kleffner haben in ihrem beim Herder-Verlag veröffentlichten Band **Fehlender Mindestabstand. Wie Corona-Skeptiker unsere Demokratie und Freiheit bedrohen** zahlreiche Expertinnen und Experten versammelt, die sich fun-

diert den einzelnen Gruppierungen und Milieus widmen, deren Vernetzung aufzeigen und vor den Auswirkungen einer antidemokratischen Welle im Gefolge der Coronakrise warnen.

■ Anders als der Name es vermuten nimmt die **Rechercherplattform Identitäre in Bochum** die Dokumentation, das Monitoring und die Analysen von Strukturen und Aktivitäten der IB sowie der (außer-)parlamentarischen Neuen Rechten im ganzen deutschsprachigen Raum und sogar im europäische Ausland im Blick.

■ Im Juli 2021 wurde von **Exif Recherche** eine umfangreiche Recherche zum internationalen Netzwerk der militanten Hammerskins veröffentlicht, das von Europa in die USA bis nach Neuseeland reicht. Die **Hammerskins** sind seit über 30 Jahren aktiv und verstehen sich als eine »Bruderschaft« und »Elite« der extremen Rechten. Auch wenn ihr Einfluss auf die militante Neonazi-Szene groß ist, war bisher sehr wenig über die klandestin und konspirativ agierende Struktur bekannt. Die Recherche-Ergebnisse wurden vom **MDR und dem WDR-Magazin MONITOR** bestätigt und als Filmbeitrag zugänglich gemacht. Die Doku ist noch bis zum 12. Juli 2022 in der ARD-Mediathek verfügbar.



Ein Museum der



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Demokratie **leben!**

Impressum

**Extrem rechte und rechtspopulistische
Aktivitäten 2021 im Regierungsbezirk Köln
Köln 2022**

Herausgeberin:
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Köln
Appellhofplatz 23 – 25 | 50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.mbr-koeln.de

Text: David Paul und Rose Heuruf
Grafik: Georg Bungarten, Köln
Bildrechte: © ibs
Redaktionsschluss: 31.12.2021

Bildunterschriften

Cover: © ibs

Bild 1: Screenshot des Instagram Accounts von Lukreta zeigt die Auswahl der häufigsten Themen, zuletzt abgerufen am 01.03.22

Bild 2: Kundgebung von Lukreta am 16.12.2021 vor dem Landtag in Düsseldorf - Foto © r-press

Bild 3: Iris Dworek-Danielowski ruft zur »Querfront« auf am 18.12.21. Screenshot von der Facebook-Seite von Dworek-Danielowski, zuletzt abgerufen am 01.03.22

Bild 4: Antisemitische Verschwörungsideologien bei Widerstand steigt auf. Screenshot des VK-Profiles von Widerstand steigt auf, zuletzt abgerufen am 01.03.22

Bild 5: Schild auf einer Protestkundgebung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Foto © ibs

Bild 6: Neonazistische Grußformeln und Rassismus bei Corona-Maßnahmegegner*innen. Screenshot vom 10.01.2022 aus einer überregionalen Telegram-Vernetzungsgruppe

Bild 7: Plakat auf einer Protestkundgebung gegen die Corona-Schutzmaßnahmen. Foto © ibs

Bild 8: Youtube Screenshot des Musikvideos zu Goldlöwen von Rapbellions, zuletzt abgerufen am 01.03.22

Bild 9: Auch der Muezzin-Ruf in Köln beschäftigte die Rechte. Screenshot der Homepage des Kreisverbandes Rhein-Erft, zuletzt abgerufen am 01.03.2022

Bild 10: Sogenanntes »Heldengedenken« in Remagen 2021. Foto © ibs

Bild 11: Rechtspopulistische Wortneuschöpfungen beim Aufbruch Leverkusen. Screenshot der Facebookseite des Aufbruch Leverkusen, zuletzt abgerufen am 01.03.22

Bild 12: Die Deutschland. Aber normal Kampagne der AfD versuchte mit mäßigem Erfolg, mehr als das Kernthema Migration zu bespielen. Screenshot von der Homepage der Bundes-AfD, zuletzt abgerufen am 01.03.22

Bild 13: AfD Köln kopiert die Kampagne »Kein Veedel für Rassismus«. Screenshot Facebook AfD Köln, zuletzt abgerufen am 01.03.2022

Bild 14: Wahlkampfvideo der JA NRW mit Clemens und Cassel, Screenshot von Youtube, zuletzt abgerufen am 01.03.22

Bild 15: DieBasis blieb hinter den eigenen Erwartungen zurück. Foto © ibs